

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Ihr Herz muss schlagen

Eine Leipziger Straßenszene diskutiert und entscheidet ... hoffentlich! **Seite 4**

■ Museumslandschaft kaputt gespart

Auf der sächsischen Suche nach der Quadratur des Kreises **Seite 7**

■ Schmerzen beim Schreiben

Ludwig Renns Spanienreport erstmals in ungekürzter Fassung **Seite 11**

■ Antikomintern paktiert ...

... und Göring verspricht: „Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden.“ **Seite 12**

23

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
17. November

www.
leipzigs-
neue.de

„Es gibt auch schlechte Zeiten, die nicht ohne Perspektive sind.“

Julius Fucik



Am 9. September dieses Jahres, zur 60. Wiederkehr der Eröffnung der Leipziger Musikhochschule, fand die Büste ihres Namensgebers Felix Mendelssohn Bartholdy wieder ihren Platz.

Am Abend des 9. November, nach einem Gedenknightkonzert, wurde hier ein Kranz niedergelegt.

Seite 5

Foto: G. Märker

Dieser Monat ist mit seinen Kalendarien mehr als reichlich aber auch widersprüchlich bestückt. Gleich die ersten beiden Gedächtnistage mahnen schon seit dem neunten Jahrhundert zum Totengedenken. Doch die späteren Zeitläufte lehren: Allerheiligen und Allerseelen recht getan ist das eine, der Umgang mit realen November-Geschehnissen das andere aber doch wohl notwendiger, weil mit Leiden, Verbrechen, Kämpfen, Siegen und Verlusten verbunden.

Schon, wenn das Kalenderblatt mit dem 9. des Monats datiert ist, dann schlagen mit aller Wucht die Geschichte und Geschehnisse des 20. Jahrhunderts zu. Schaut man an diesem Wahnsinnstag nur 50 Jahre zurück, dann erschreckt die Meldung, dass 200 uruguayische Faschisten in Montevideo das sowjetische Konsulat in Brand steckten. Vor fünf Jahren verhinderten an diesem Tag Demonstranten eine Rede des CSU-Vorsitzenden Stoiber in der Berliner Humboldt-Universität. Vergangen, vorüber, vergessen auf dem Nachrichten-Friedhof? Drei Kreuze und flott weiter gelebt? Gerade an diesem Tag ist das aber für Deutschland unmöglich. In Berlin verkündete am 9. November 1918

Reichskanzler Prinz Max von Baden unter dem Druck der starken Massenproteste die Abdankung Wilhelms II. Wenige Stunden später proklamierte Wilhelm Liebknecht die freie sozialistische Republik. Alle deutschen Bundesfürsten wurden gestürzt. Ein politischer Novembersturm diese Revolution.

Novemberkalender

Am 9. November 1936 schliffen die Faschisten in Leipzig das Denkmal von Felix Mendelssohn Bartholdy. Zwei Jahre später – wieder in der neunten Novembernacht – brannten auch in der „Reichsmessstadt“ Kaufhäuser und Geschäfte, brachten die Nazis mit diesem Pogrom ein ganzes Land um seinen Verstand. Im Jahr 2006 gibt es wieder ein Mendelssohn-Denkmal in Leipzig, in der Nähe des zerstörten Gewandhauses und in der Nähe des ehemaligen Reichsgerichtes. Ein Stadtgebiet, das von Geschichtsdaten übervoll ist. Nur wenige dringen in der Hektik des Alltags immer bis zu unserem Verstand vor. Es sei denn, es passiert wieder etwas Außerordentliches.

In München wurde an diesem neunten Novembertag die neue Hauptsynagoge eingeweiht. In Frankfurt/Oder schändeten am 9. November junge Faschisten das Grab der Pogromopfer. In Berlin halten die Nazis unterdessen einen Parteitag ab. Alles in allem wieder Wahnsinnsnovembertage anno 2006 und man möchte als Schreiber nachschlagen, ob man nicht vor einem, vor zwei oder fünf Jahren schon ähnliches geschrieben hat.

Was macht Sinn? Wieder einmal suche ich in solchen Momenten Rat und Hilfe in durchlebten und gewonnenen Erkenntnissen früherer Generationen. Ich stoße dabei auch auf Julius Fucik, jenen tschechischen Kulturpolitiker und Journalisten, der mit 40 Jahren von der Gestapo ermordet wurde. Ich lese: „Es gibt auch schlechte Zeiten, die nicht ohne Perspektive sind. Zeiten, in denen Entscheidungen fallen, die Kraft kosten. Auch in solchen Zeiten wendet sich der Mensch der Geschichte zu. Er darf nicht aus ihr fliehen, er muss aus ihr lernen.“ Na klar, der Mann hat recht. Aber dieses „müssen“ ist mitunter verdammt schwierig. Nicht nur, weil grauer November ist.

• JOACHIM MICHAEL

Stop – kein Verkauf! Kommunal ist optimal!

Eine Initiative verantwortungsbewusster Leipziger Bürger klebte am Dienstagmorgen Plakate gegen drohende Privatisierungen an die Gebäude der Leipziger Stadtwerke, der kommunalen Wasserwerke, der Leipziger Verkehrsbetriebe, der Stadtreinigung Leipzig und der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft. All diese kommunalen Unternehmen sind über den Umweg der Teilprivatisierung ihrer Dachvereinigung, der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV), vom Verkauf an private Investoren bedroht. Mit den Plakaten wird gleichzeitig zu einer Großdemonstration für den 15. November aufgerufen (nach Redaktionsschluss). An diesem Tag ste-



Foto: Eiltzer

hen dort im Stadtrat die geplanten Privatisierungen auf der Tagesordnung.

Zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind kommunale Unternehmen unverzichtbar (weshalb bestimmt nicht unklug

verwaltete Großstädte wie München solche Privatisierungen früherer Jahre auch wieder komplett rückgängig gemacht haben). Die prekäre Haushaltlage Leipzigs, die zum großen Teil durch Übertragung von immer

mehr Aufgaben an die Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung durch Bund und Länder verursacht ist, kann nicht durch das Verschmelzen des Einnahmen sichernden Tafelsilbers überwunden werden. Da-zu bedarf es einer nachhaltigen Gemeindefinanzreform. Deshalb wird die Linksfraktion.PDS, wie sie vorab mitteilte, in der Ratsversammlung vom 15. November die von OBM Jung eingebrachte Vorlage zur mittelfristigen Haushaltsicherung 2006 – 2009 ablehnen, da sie auf die Privatisierung von Anteilen der Stadtwerke sowie der LVV-Holding abzielt. Gleichzeitig wird die Fraktion ihre auf eine Umschuldung zielenden Vorschläge einbringen.

Argus



Keinen Cent dem Fürstenpack!

Die „Wettiner“, 1918 zum Teufel gejagtes „Herrscherhaus Sachsens“, bekommen den Rachen nicht voll. Die Liebhaber der journalistischen Speichellecker von Boulevardpresse, LVZ und Super-Illu wollen noch einmal zuschlagen und dem Volk stehlen, was des Volkes ist.

In den frühen Nachkriegsjahren hatte die historische Gerechtigkeit endlich ihren Lauf genommen und die vom Adel sich unter den Nagel gerissenen Kunstschätze jenen zurückgegeben, denen sie tatsächlich gehören – dem Volk. Denn um an diese Kunstschätze zu kommen, wie jene des Grünen Gewölbes oder die der jetzt geforderten Porzellane, ließen die „Wettiner“ über mehrere

Jahrhunderte die Bauern und Handwerker, die Textilarbeiter und Bergleute gnadenlos bluten. Mit eigenen Händen haben weder die Auguste noch die Moritze, von den heutigen Nachkommen gar nicht zu reden, auch nur das Schwarze unterm Fingernagel verdient. Nach ihrem ersten – durch Bundesgesetz gedeckten – Raubzug vor sieben Jahren, der ihnen neben 6000 Kunstwerken noch fast elf Millionen D-Mark in bar und für zwölf Millionen Mark Immobilien einbrachte, wollen sie nun die Dresdner Porzellansammlung ausnehmen.

Argus fragt sich, wie lange das Volk sich das noch gefallen lassen will.

Die einen feierten den Mauerfall

... ich aber fragte mich (unter anderem), was wir verbrochen haben, dass uns diese Angela Merkel als seelenloser, ferngesteuerter Roboter untergejubelt wurde. Wie kann eine Frau aus Fleisch und Blut, sozialisiert in solidarischen Osten, so eiskalt sein, so kalt-schnäuzig überlebenswichtige Fragen vom Verhandlungstisch zu wischen wie dieser Tage den Mindestlohn – und gleichzeitig horrende Steuergeschenke an die Überreichen machen? Die sowieso keine Änderung auf dem Arbeitsmarkt „bringen werden. So wie alle bisherigen Steuergeschenke auch nicht. Bei aller Verzweiflung über die gehorsam soziale Kälte produzierenden Regierungsmonster sage ich mir auch immer wieder: Was regst du dich auf? Das hastest du alles schon einmal im Parteilehrjahr: Kapitalismus ist Rückfall in die Barbarei. Beinahe logisch, dass eine beschämende Kinderarmut grassiert. Leipzig liegt mit 35 Prozent der Kinder unter 15 Jahren, die von Sozialgeld leben müssen, bundesweit an vorletzter Stelle. Boomtown Ost nennt sich das bei Merkels – und bei ein paar Eltern, die schon mal drei Millionen Euro für die „Leipzig International School“ locker machen. Der Freistaat gibt 7,8 Millionen dazu, damit die Schule ein eigenes Kultur- und Sportzentrum bekommt. Die Grundsteinlegung war genau an dem Tag, als die Studie über die hohe Kinderarmut veröffentlicht wurde.

Weil wir in die Barbarei zurückgefallen sind, die Schwarz und Rot nicht genug loben können, darum dürfen sich zwei (West)-Chefs kommunaler Leipziger Firmen hemmungslos bestechen lassen, um dann ihre wenig bürgernahen Geschäfte mit amerikanischen Kunden durchzuziehen. Oder? SPD-Bürgermeister Jung jedenfalls tat bisher genau das Gegenteil von dem, was man Aufklärung und Zur-Verantwortung-ziehen nennen könnte.

Zumindest für Betroffene ist auch die jetzt beginnende entschuldigungslose Enteignung zigtausender DDR-Garagenbesitzer ziemlich barbarisch. Vor ihnen wurden Tausende Hausbesitzer oder die Erben von Bodenreformland ganz „rechtens“ betrogen. Einmal Zeitung lesen und man hat Dutzende weitere Beispiele für meine Aufzählung. Was für ein unchristlicher Hass oder einfach nur, was für eine Machtgier treibt eine Regierungschefin, derart vor dem Kapital zu Krieche kriechen?

Das ist die Frage, nicht die nach ihrer Frisur.

• MAXI WARTELSTEINER

Langzeitarbeitslosenzahlen stabil hoch

Der Abbau der Offiziellen Arbeitslosigkeit in Leipzig ist erfreulich. Die Kuh ist dennoch nicht vom Eis. Die sinkenden Arbeitslosenzahlen sind vor allem stärkerer Förderung im zweiten Arbeitsmarkt zu verdanken. Der Sockel der Langzeitarbeitslosen ist zudem auf hohem Niveau annähernd stabil, ebenso die Jugendarbeitslosigkeit. Leipzig nimmt in der Arbeitslosenstatistik Sachsens weiter einen hinteren Platz ein, mit all den damit verbundenen sozialen Verwerfungen. Da hilft auch kein Gerede von der „zweiten Ernte“ bei getätigten Investitionen. Das Kardinalproblem bleibt die unzureichende Zahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Notwendig ist eine aktive Einflussnahme auf Bund, Land und Wirtschaft, damit Arbeitsplätze nicht weiter abgebaut werden (Allianz, Telekom, Siemens) und die Mittel für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik aufgestockt sowie kreativ eingesetzt werden.

• W. DENECKE

Ökolöwe (Umweltbund Leipzig) und NABU:

Klimawandel stoppen – lokal wieder mehr tun!

LN. Alle Jahre wieder, so erklären Ökolöwe und NABU, „überraschen“ aktuelle Studien über den Klimawandel mit ihren Hiobsbotschaften – so wie jetzt der Report des ehemaligen Weltbankmanagers Stern oder der Bericht der britischen Regierung: „Diesmal ging es den Autoren auch und gerade um die Auswirkungen auf die (Welt)-Wirtschaft.

Es zeigt sich, dass der Klimawandel nicht nur ein Problem der Umweltschützer ist, sondern auch für die Weltwirtschaft wie für unsere nationale und lokale Wirtschaft eine große Gefahr darstellt. Von den Kosten der „Aufräumarbeiten“ für die öffentliche Hand – siehe das Beispiel Jahrhunderthochwasser – ganz zu

schweigen.“

Beide Verbände weisen darauf hin, dass auch in Leipzig die kommunalen Behörden viel mehr tun könnten, um ihren Anteil zum Stopp des Klimawandels beizutragen. Entsprechenden Ziele und Standards seien in den „Umweltqualitätszielen“ der Stadt (zuletzt 2003) festgelegt – nur habe es leider immer wieder an der Umsetzung.

Ein städtisches Ziel ist z. B., bis 2010 die CO₂-Emissionen pro Kopf auf 50 Prozent des Wertes von 1990 zu senken. Die Praxis sieht anders aus. So sind viele Konzepte und Ideen der 1990er Jahre noch nicht umgesetzt bzw. ins Stocken geraten, wie z. B. das Projekt der Solardächer für Leipzig.

Linkspartei mit strategischem Aktionsprogramm

LN. Auf ihrer jüngsten Stadtdelegiertenkonferenz beschloss die Leipziger Linkspartei im Rahmen ihres Grundsatzpapiers KOMPASS 2009 ein strategisches Aktionsprogramm für die nächsten zwei Jahre. An seiner Ausarbeitung wirkten auch Akteure der Leipziger WASG mit. Es verkörpert auch damit einen wichtigen inhaltlichen Schritt im weiteren Parteineubildungsprozess.

In seinem Referat nahm der Stadtvorsitzende Dr. Volker Külow explizit zur „Unterschichten“-Debatte Stellung und erklärte: „Wenn immer mehr Menschen ‚abgehängt‘ werden, dann hat die relative Armut auch eine relative Demokratie zur Folge. Sozialpolitik gewinnt daher ein neues, besonderes Gewicht: sie wird zur Basispolitik der Demokratie. Für die Linkspartei gilt, dass Sozialstaat und Demokratie untrennbar zusammen gehören.“

Menschen-Missbrauch

Wo andere feiern, ist ein Trauerrand trotzdem angebracht. So uneingeschränkt die Freude eines jeden mitfühlenden Menschen sein muss, wenn ein ALG-II-Bezieher zu seinen Brotsamen noch ein paar Krümel zusätzlich bekommt, denn er braucht sie dringend, so pervers ist das von Wolfgang Tiefensee (SPD) initiierte „Modellprojekt Aktiv-Office“. Seit Freitag, dem 17., der eher ein schwarzer 13. ist, beschäftigen die Leipziger Verkehrsbetriebe Langzeitarbeitslose für drei Jahre im Schichtdienst, „um mehr Sicherheit in Busse und Bahnen zu bringen“. Früher sorgte dafür allerdings ein vollbezahlter Schaffner. Heute gibt es 150 Euro von der ARGE. Die LVB versprechen dafür, nach 2010 vielleicht ein paar der inzwischen 300 schamlos Ausgebeuteten fest anzustellen. Warum nicht sofort? Sie wurden doch bereits ausgebildet, bringen volle Leistung. Klar, bei Hunderten urlaubsverdächtigen Geschäftsreisen der Bosse ist für die eigentliche Aufgabe der Verkehrsbetriebe immer weniger Geld da. Noch schlimmer: Dieses Sklavenprojekt soll Schule machen.

• WA

Dienstältester Bürgermeister war von der PDS

LN. Matthias Spalteholz, parteilos, ist neuer Bürgermeister von Bennewitz (Muldentalkreis). Der 43-Jährige schlug – unterstützt von seinem beliebten PDS-Vorgänger Werner Moser – seinen gleichaltrigen Konkurrenten Patric Blum um Längen und kam auf 90,33 Prozent der Stimmen. Der aus Altersgründen scheidende

Bürgermeister Moser führte in Bennewitz 36 Jahre ununterbrochen seit 1970 das Zepter. Damit ist er Sachsens dienstältester Bürgermeister. Bei seiner letzten Wiederwahl 2001 war er auf 87,8 Prozent der Stimmen gekommen; sein Kontrahent Siegfried Pohl von der CDU erreichte damals 12,2 Prozent.

... wir sind wach!

LN trifft den Intendanten des Theaters der jungen Welt



Jürgen Zielinski, 1953 in Bergkamen geboren, blickt als Regisseur auf über 70 Inszenierungen zurück. Der umtriebige Theatermann ist seit 2002 Intendant in Leipzig.

● LN: 60 Jahre Theater der Jungen Welt für Sie nur ein Zahl?

Es ist ein seit Jahrzehnten von den Leipzigern geliebtes Theater weil nahezu alle in der Region Großgewordenen es schon mal besucht haben. Wunderbar, dass es auch mit 60 Jahren, trotz mancher Schwierigkeiten und Krisen, sich am Zeitpuls orientiert, ohne dabei seinen Ursprung außer Betracht zu lassen. Natürlich kann das deutsche Theater allgemein auf weitaus längere Traditionen verweisen, aber der Verweis auf Leipzig und das älteste deutschsprachige Kinder- und Jugendtheater steht dieser Stadt gut.

● Ist es heute - in Zeiten von Computerspielen und Fernsehkonsum - schwieriger geworden, Jugendliche mit „Theaterkulissen“ zu beeindrucken?

Sicherlich fordern die Freizeit- und Medienangebote sowie kultureller Fastfood enorm heraus. Aber wir haben den Beweis erbracht: Theater ist anders, kann faszinieren und verblüffen. Und zwar mit gehaltvollen Stoffen, Themen und ästhetischen Formen. Diese dürfen jedoch nicht angestrengt pädagogisieren und schon gar nicht belehren.

● Ist Jugendtheater Zuschauernachwuchs für das „große“ Theater oder mehr sozialpädagogische Einrichtung?

Zunächst sollte es eine eigenständige Kunstform für Kinder sein. Wir vermitteln und fördern kulturelle Kompetenz und Anregung. Sprache, Ausdruck und Forscherdrang können so gefördert werden und vor allem Toleranz und Neugier. Dass wir da zukünftigen Kulturgenuss und soziale Kompetenz „trainieren“, versteht sich dabei von selbst.

● Wie haben sich die Besucherzahlen in den letzten Jahren entwickelt?

Sehr gut. Von 33.000 bei meinem Amtsantritt auf letztjährig 48.000 Zuschauer.

Auch die Nachfrage nach Gastspielen und Auftritten bei renommierten Theaterfestivals und Festivals.

● Ihr Theater hat endlich eine feste Spielstätte bekommen. Sind Sie zufrieden?

Nun ja, wir spielen darin jetzt bereits drei Jahre und sind immer noch im Bau- und technischen Ausstattungsprozess. Aber mit finanziellen Nachbesserungen wäre ich schon zufrieden. Wie alle Kulturinstitutionen haben wir mit den stattgefundenen und noch ausstehenden Haushaltskürzungen zu kämpfen. Aber wir haben uns frühzeitig darauf eingestellt und haben umgesteuert ohne wesentliche künstlerische Einbuße. Was die Zukunft anbetrifft mache ich mir schon Sorgen, aber wir sind wach und nehmen den Kulturentwicklungsplan als Herausforderung an.

● Ist die Finanzierung gesichert?

Fragen sie das bitte nicht mich.

● Was wünschen Sie sich von der Leipziger Kulturpolitik?

Konstanz und klares Erkennen der gewachsenen überregionalen und internationalen Bedeutung eines oft nur wohlwollend zur Kenntnis genommenen Kunstbetriebes für Kinder, sowie Resistenz gegen Vereinnahmungs- und vordergründige und kurzsichtige Fusionsfantasien.

● Ihr Vertrag ist bis 2012 verlängert worden. Welche Pläne haben Sie?

Mehr internationalen Austausch und noch intensivere Belegung des Theaterhauses mit anderen Kunstformen. Und eine internationale Pension für junge Theaterkünstler, die sich hier in unserem „Welttheater“ zusammenfinden und koproduzieren. Leipzig als praktische und faktische internationale Begegnungsstätte, um dem zunehmend belasteten Image, auch Sachsens, eine positive, offene Toleranz entgegenzusetzen.

● Dürfen auch Ältere kommen?

Sie kommen schon seit geraumer Zeit. Einerseits haben wir zwei wundervoll lebendige Studentenclubs, aber auch Erwachsene, die sich „Monsieur Ibrahim“, „Nathan der Weise“ oder auch „Die Dreigroschenoper“ und vieles mehr anschauen möchten, besuchen unser Haus. Ebenso wie Großeltern mit ihren Enkelkindern. Und reden nach dem Theater über das Theater.

• GESPRÄCH: D. M.

Das Theater darf nicht danach beurteilt werden, ob es die Gewohnheiten seines Publikums befriedigt, sondern danach, ob es sie zu ändern vermag.

Bertolt Brecht

Nicht irgendein Theater ...

... eines für Kinder und Jugendliche sollte es sein. Am 7. November 1946 wurde es als „Theater der Jungen Welt“ gegründet. Das erste professionelle Kinder- und Jugendtheater im deutschsprachigen Raum. „Emil und die Detektive“ eröffneten. Ihr Eintrittspreis: ein Stück Kohle. Geburtshelfer des Theaters: die sowjetische Militäradministration. Als künstlerisches Vorbild galt das 1918 von Natalia Ilinitshna Sz gebildete Moskauer Kinder- und Jugendtheater. Die Stadt Leipzig stellte anfangs 100 000 Mark für den Bühnenausbau im Weißen Saal am Zoo bereit. Jahre später, im August 1989, wurde er Opfer einer Brandstiftung. Die Zeit der Übergangsspielstätten begann: Haus der DSF, Haus der Volkskunst, Brühlzentrum, Reclam-Gymnasium, Haus Leipzig. Im Juni 1993 beschließt der Stadtrat den Umbau des „Hauses der Volkskunst“ zum „Theaterhaus Leipzig“. Schon 1995 konnten Intendant und Verwaltung die Räume am Lindenauer Markt beziehen. Verwaltung und Stadtrat stimmten im September 1996 dem Betreiberkonzept Theaterhaus zu und gaben damit diesem bekannten deutschen Kinder- und Jugendtheater mit seiner wichtigen theaterpädagogischen Arbeit eine Chance. Im Oktober 2003, konnte der Einzug in den Großen Saal im Haus am Lindenauer Markt gefeiert werden. Am 19. Mai 2006 wurden die letzten Sanierungsarbeiten an der Fassade beendet. Rechtzeitig vor dem runden Geburtstag strahlt damit das Theaterhaus auch von außen. • D. M.

Wir freuen uns mit Ihnen über den 60. Geburtstag des ersten deutschen Kinder- und Jugendtheaters. In bewundernswerter Weise hat es sich in schwierigen Zeiten behauptet und immer wieder Mut zu neuen Vorhaben, kritischen Denksätzen und unkonventionellen ästhetischen Sichten bewiesen.

In herzlicher Verbundenheit
Freundeskreis Schauspiel Leipzig e.V.
Prof. Peter Welzel, Vorsitzender

Bühne sei kein nachhelfender Spiegel!
Bühne sei Fernrohr!
Bühne sei Lupe!

Wladimir Majakowski

Wer waren sie?

Die Intendantenliste

1946 – 1949 Richard Fücksler
(Verwaltung: Erno Ueberück)
1950 – 1954 Josef Stauder
1954 – 1957 Herta Greef
1957 – 1959 Rudi Kurz
1959 – 1977 Hans-Dieter Schmidt
1977 – 1987 Günter Schwarzlose
1987 Hans Gallert (kommissarisch)
1988 – 1989 Hans Gallert (Direktor)
1989 – 2000 Hans Gallert (Intendant)
2001 Tilo Esche
seit 2002 Jürgen Zielinski

Mein erstes Mal ...

Im Jahre 1946, so Ende November, hieß es in der Schule: wir gehen ins Theater, in ein ganz neues, das nur für Kinder spielt. Was wird denn gezeigt? „Emil und die Detektive“. Niemand kannte das, ebenso wenig wie den Autor Erich Kästner. Es war ja auch erst ein Jahr her, dass man ihn wieder lesen durfte. Das Wort Detektiv gehörte 1946 nicht unbedingt zum Sprachschatz 12-jähriger, und so kam es, dass wir auf dem Weg von unserer Gohliser Volksschule zum Weißen Saal des Zoo herumbürsteten „Emil und die Deckbett-Tiefe!“

Wir drängelten uns durch den schlauchartigen Gang in den proppenvollen länglichen – nicht nach hinten erhöhten – Saal mit der kleinen Bühne. Die Schauspieler waren schlecht zu sehen, aber auch nicht gut zu verstehen, zumal immer wieder Kinder vor uns aufstanden. Die ersten Pfiffen rutschten bald mit den noch unbesetzten Stühlen weiter nach vorn. Und wir hinterher. Der Lärm muss beträchtlich gewesen sein. Mildernde Umstände ergeben sich vielleicht daraus, dass die Ins-



zenierung von Eberhard Schmiedel, wie ich viel später in der LVZ-Rezension nachlas, bunt und brav war und an die drei Stunden dauerte. Auch dafür Pardon – immerhin war es die allererste Inszenierung des jungen Kindertheaters.

Bei anderen Aufführungen kann ich mich mehr an das Geschehen auf der Bühne als an das im Saal erinnern. Aber bald war mit der Schulpflicht – nach der achten Klasse damals – für uns auch die Theaterpflicht zu Ende. Was ich durchaus bedauerte. Später studierte ich dafür Theaterwissenschaft in Leipzig.

Als ich Jahre danach mit dem Sohn und noch später dann mit dem Enkel „Die Schneekönigin“ oder „Das Tierhäuschen“ wiedersah, war im Weißen Saal einiges um- und angebaut, aber er blieb immer das Provisorium, als das er von Anfang an gegolten hatte – bis er 1989 abbrannte. Danke für die Spielfreude, für die Phantasie, die Entdeckerlust und den Spaß, die von der kleinen Bühne kamen!

• URSULA MINSEL

Original-Plakat der Nachkriegsaufführung

Das Herz der „Karli“ muss schlagen ...

... ja, so „herzlich“ reden junge Leute über eine Straße und eine Immobilie sowie ihr offenbar dort empfundenes Lebensgefühl. Das passiert nicht überall in dieser Stadt. Wer mehr darüber erfahren will, kann sich vor Ort oder im Internet informieren anhand einer „Video-Feinkost-Liebeserklärung“. Dass es auch mal krachte und unterschiedliche Partner und Interessen in diesem Beziehungsspiel mitwirken – wen wundert es? Jetzt schlägt allerdings die Stunde der Wahrheit. Sprich: Alle, die wollen und können, müssen sich zusammensetzen und ihr Verhältnis zur „Feinkost“ klären, damit sich jetzt etwas klärt. Die Zeit drängt. Grund für LEIPZIGS NEUE, Stadtrat SIEGFRIED SCHLEGEL zu bitten, Fakten und Hintergründe darzustellen.

Im Entscheidungsgremium zur Ausschreibung des Feinkostgeländes in Leipzig haben Vertreter der TLG IMMOBILIEN GmbH, der Stadtverwaltung Leipzig und aller Fraktionen des Stadtrates – darunter von der Fraktion Die Linke. PDS die Stadträte Siegfried Schlegel (Fachausschuss Stadtentwicklung Bau) und Gregor Henker (FA Kultur) – sowie beratend Experten der Industrie- und Handelskammer, der Sparkasse Leipzig und der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mitgewirkt.

Die „Feinkost“ ist wegen ihrer Lage, ihren Möglichkeiten, aber auch als Industriebaudenkmal eine Besonderheit. Bereits Anfang der 90er Jahre wurde der Stadtteil Innerer Süden vom Stadtzentrum bis zur Kurt-Eisner-Straße als Sanierungsgebiet beschlossen und die Karl-Liebnecht-Straße im Stadtteilentwicklungskonzept nachdrücklich ausgewiesen. Neben dem Connewitzer Kreuz sollte das Gebiet um den Südplatz, Volkshaus und LVB-Gebäude ein Stadtteilzentrum werden. Deshalb hat auch die Linksfraktion von Anbeginn die kulturelle Entwicklung im ehemaligen Zentrum der Nationalen Front (daher der heutige Name *naTo*) aktiv unterstützt.

Beiderseits der Karl-Liebnecht-Straße existieren seit 100 Jahren gute Wohnungen. Ebenso entwickelte sich hier seit Jahrzehnten eine Einkaufs- und Dienstleistungsmagistrale, die diesen Namen auch verdient. Außerdem wirken sich die räumliche Nähe der Universität und des Stadtzentrums aus. Gerade die Universität und die Hochschule einschließlich ihrer Wohnheime haben außer der Moritzbastei solche Angebote in ihrer direkten Nachbarschaft nicht. Deshalb entstand zunehmend ab Mitte der 90er Jahre in der Karl-Liebnecht-Straße, um das Connewitzer Kreuz und den Südplatz eine Szene mit Handel, Gastronomie und Kultur für jüngere Leute, die sich auch auf das Feinkost-Gelände ausdehnte. Neben der derzeitigen und angelegten Nutzung sowie der städtebaulichen Bedeutung sind auch für die Linksfraktion As-

pekte des Denkmalschutzes der Gebäude und baulichen Anlagen, besonders der Brauereigewölbe entlang der Braustraße, wichtig.

Nach intensiver Diskussion fiel im Oktober eine Entscheidung. Auch dank aktiver Mitarbeit unserer Vertreter konnte der Kompromiss erzielt werden, den die Stadt und die TLG-Liegenschaftsverwaltung als Entscheidung des gesamten Gremiums bekannt gaben. Es wurde festgestellt, dass keines der eingereichten Konzepte die Zielsetzungen der Ausschreibung erfüllt. Alle Konzepte gehen von der Annahme aus, dass die Neubauten und die Sanierung voll und ganz zu zwei Dritteln gefördert werden. Tatsächlich ist dies ein Höchstfördersatz. Denkmal-Abschreibungsförderung, wenn überhaupt, erfolgt nur für die unmittelbar zu erhaltenden Bauteile, keine Förderung erfolgt für

Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen.

Das Konzept des Bieters Terra Development GmbH musste abgelehnt werden, weil sich die angedachte Wohnnutzung nicht mit der Gastronomie- und Kulturnutzung verträgt.

Das Konzept der Kunst- und GewerbeGenossenschaft Feinkost e.G., eines bisherigen Mieters, ist hinsichtlich des gewerblichen Teils durchaus überzeugend, doch die Kultur berücksichtigt er nicht ausreichend. So könnte „Kultur mit Gastronomie“ in den Kellergewölben entstehen. Ob sie entsteht, ist dem Bewerber aber egal.

Das vorrangig auf Kultur und Gastronomie setzende Konzept der „KulturStiftung Feinkost“ wird als „wirtschaftlich problematisch“ eingeschätzt, es ist nicht finanzierbar. Angesichts zahlreicher Kulturbaustellen (Sanierung Oper, Kaufhaus,

Musikschule und Schauspielhaus, Fertigstellung Bildermuseum, Sanierung „Anker“ und „Werk 2“) kann die Stadt bei der prekären Haushaltslage keine weitere Kulturbaustelle eröffnen. Das Konzept der KulturStiftung sieht aber weitere Neubauten vor und setzt Baukosten von sechs bis sieben Mio. Euro an, die aller Erfahrung nach bei über 10 Mio. Euro liegen dürften.

Deshalb sieht das Gremium als realistische Chance an: die Kultureinrichtungen des *naTo* e.V. sowie der Cinemateque einschließlich Gastronomie als wesentlicher Baustein in den Kunst-, Kultur- und Gewerbehof der Genossenschaft Feinkost zu integrieren.

Auf die angedachte Einbeziehung des LOFFT-Theaters und des Leipziger Tanztheaters sollte aus mehreren Gründen verzichtet werden. Aus Sicht des Gremiums sprengt ihre Unterbringung in neu zu errichtenden Gebäuden den Rahmen. Außerdem sollten das Theater Loft im sanierten Theaterhaus in Lindenau und das Tanztheater im „Werk 2“ in Connewitz als wichtige Teile der dortigen Stadtteilkultur verbleiben. Die von der KulturStiftung behaupteten Einsparungen treten nicht ein, da jede Kultureinrichtung ihre eigene Spielstätte mit eigener Gastronomie begehrt. 850 Gastronomieplätze sind auf Grund der zahlreichen vorhandenen Angebote in der Karl-Liebnecht-Straße völlig unrealistisch.

Bei manchen Akteuren in der Kultur hat man den Eindruck, dass sie Kulturstätten als Spielzeug betrachten, das sie unbedingt haben müssen und, wenn es nicht mehr gefällt, einfach weglegen können. Um das von der Stadt und allen Stadtratsfraktionen gewollte und der Treuhandliegenschaftsverwaltung unterstützte Projekt des „Kunst-, Kultur- und Gewerbehofes Feinkost“ trotzdem zu ermöglichen, wurden der Kunst- und GewerbeGenossenschaft Feinkost e.G. und der KulturStiftung Feinkost GbR als letzte Chance die Möglichkeit eingeräumt, in einem Zeitraum von vier Wochen zu einer für beide Seiten tragfähigen Einigung zu kommen. Sowohl die TLG IMMOBILIEN GmbH als auch die Stadt Leipzig sind zu beratenden Gesprächen bereit.

PS
Zu hoffen bleibt, dass alle Beteiligten miteinander wollen und keine „Pirouetten drehen“. Denn sollte im November kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden, sieht der Eigentümer keine andere Möglichkeit, als das Gelände zu räumen. Das Projekt wäre dann leider endgültig gescheitert. Das möchte keiner ... die „Szene“ schon gar nicht.



Fotos: Märker



Stimmungsvolle Momente am 9. November in der „Alten Börse“ für Felix Mendelssohn Bartholdy und die Opfer des November-Pogroms.



Konzert-Stimmungen ... Zu den Mitwirkenden gehörten Sängerin Svetlana Scheurell und Cellist Yuriy Girel sowie die Pianistin Lena Sorkina. Außerdem gestalteten Svetlana Kapitonova, Konstantin Kozakevich und Michael Kleitsmann den Abend. Die Gesamtleitung hatte Helena Lindacher.

Fotos: Helmut Ullrich

Akzeptanz durch Kennenlernen

Manch einer wird sich noch an die Diskussionen, Streitigkeiten und Klagen rund um das jüdische Begegnungszentrum erinnern. Mehr als zwei Jahre später als geplant begann der Bau, dessen Fortschritt aber nun schon zu erahnen ist.

Während dieser „Zeit der Klagen“ wurde viel über Antisemitismus gesprochen – sicherlich nicht ganz zu Unrecht. Aber war es nicht vielleicht auch die Angst vor dem Fremden, dem Unbekannten? Angst vor den neuen Nachbarn?

Im November tagte die Arbeitsgruppe „Jüdisches Leben im Waldstraßenviertel“. Wir mussten uns – nicht unberechtigt – von neuen Bewohnern unseres Viertels fragen lassen? Und wie sieht es jetzt aus? Hat sich die Akzeptanz erhöht? Wissen die Anwohner, was sie nach Fertigstellung des Begegnungszentrums erwartet? Freuen sie sich auf die neuen Nachbarn?

Wir erinnerten an das gelungene Sommerfest im Ariowitsch-Haus, an die gelungene Grundsteinlegung und, und, und ...

Und hatten noch eine Idee: Es ist schon Tradition, dass sich der Bürgerverein „Waldstraßenviertel“ mit einer Ausstellung an der Jüdischen Woche beteiligt. Themen waren bisher die jüdischen Familien Hinrichsen, Ariowitsch und Eitingon.

Im Jahr 2007 wird sich diese Ausstellung den neuen Nachbarn widmen. Es werden Porträts und Interviews „neuer“ und „alter“ Leipziger Juden zu sehen und zu lesen sein. Denn wir finden, Akzeptanz wächst mit dem Kennen. Nur so lassen sich Vorurteile abbauen.

Schalom!

• ANNETTE BOEHNHEIM

Widerstand mit Kultur

Es geschah 1936. In der Nacht vom 9. zum 10. November nutzten die Nazis die Abwesenheit des Oberbürgermeisters von Leipzig, Carl Goerdeler, um das Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal am Gewandhaus zu entfernen. Diese Barbarei ereignete sich während der Finnland-Reise des Oberbürgermeisters und wurde von seinem Stellvertreter und der Nazi-Kreisleitung angeordnet. Da es Goerdeler nicht gelang, diesen Kulturfrevel rückgängig zu machen, war das ein weiterer Anstoß zu seinem Rücktritt.

70 Jahre später lud das Deutsch-Russische Zentrum Sachsen e.V. in die „Alte Börse“ ein. Ein stimmungsvolles Konzert mit Musik von Mendelssohn und jüdischen Volksliedern ermöglichte den 300 Gästen, viele aus der Ukraine, einen nachdenklichen Abend im besten Sinne des Wortes. Anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht hat Ludmila Gerasimova vom Deutsch-Russischen Zentrum darauf hingewiesen, dass „Politik sich stärker einmischen muss, um eine Wiederholung dieser Verbrechen unmöglich zu machen“.

Einen kulturellen Aspekt in dieser Richtung setzte dieses Konzert, aus dem sich eine Tradition entwickeln soll. Iossif Iolyvh, Vostandsmitglied des jüdischen Forums beim DRZ, sagte: Diese Veranstaltung ist selbstverständlich auch eine Reaktion der Leipziger Bürger gegen die Aktivitäten der NPD und allen weiteren Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Dieses Konzert wird eine Tradition begründen: Das Deutsch-Russische Zentrum lädt künftig jedes Jahr im November zu einem „Konzert gegen das Vergessen“.

• KEITH BARLOW

Dokfilme zu machen ist kompliziert, wenn die Welt so chaotisch ist“, meinte in Leipzig die niederländische Filmemacherin Heddy Honigmann. Sie will dieser Ansicht die Kunst, als Ausdruck des Schönen, entgegenhalten. Ihr Film „Forever“ – ein nachdenklicher Spaziergang über den Pariser Friedhof Père Lachaise, wurde auf der 49. Leipziger Dokfilmwoche mit einem Preis ausgezeichnet.

Mancher gute Dokfilmer scheiterte allerdings bereits beim Versuch, seinen Film im Programm des Festivals zu platzieren. So erging es auch dem Leipziger Nachwuchsregisseur Carsten Waldbauer, dessen Film „6:4 – Deutschland im Finale“, der am 19. August dieses Jahres in der Schaubühne Lindenfels eine Vorpremiere hatte, wurde durch die Auswahlkommission abgelehnt. Vielleicht sehen es „Professionelle“ anders. Bedauerlich bleibt es trotzdem. Es handelt sich dabei um einen Gesichter-Film. Die Kamera zeigt nicht das Geschehen auf dem Fußballfeld, sondern die Mienen der das Finale verfolgenden Fußballfans an den verschiedensten Orten und in den unterschiedlichsten Situationen – auf Fanfesten und in Restaurants, im Seemannsclub, auf der Feuerwache, im Krankenhaus und Gefängnis, auf Bahnhöfen, in Kaufhäusern usw. Aus den Gesichtern der deutschen Fans spricht mehrheitlich nur beiläufiges Interesse, eine heitere Distanz und teilweise auch Melancholie der Enttäuschung, denn Deutschland ist eben nicht im Finale.



Verlierer und Gewinner

45 Kameramänner trugen unentgeltlich zur Realisierung dieser glänzenden Idee bei, denn auch die finanzielle Förderung des Großprojektes hatte kurzfristig die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen abgelehnt.

Das Beispiel zeigt, dass Lobby und Finanzierung ausschlaggebende Faktoren für den Erfolg von Dokumentarfilmen sind. Die „Verlierer“ hoffen nun, dass es ihnen gelingt, den Film beim Fernsehen und in Kinos unterzubringen, damit die Kosten und vielleicht noch etwas Gewinn eingespielt werden können.

Andere „Verlierer“ wurden im Dokumentarfilm „Losers and Winners“ gezeigt, der den Abbau der Kokerei Kai-

Was ist Erfolg?

Das „Prekariat“ sucht nach Antworten und formiert sich

Ort der Diskussion: Leipzig – Saal der „naTo“.

Auf dem Podium: Karin Baumert von der Berliner „Kampagne gegen Zwangsumzüge“, Frank John vom Hamburger „Euromayday“ und Petra Weißfuß von der „AG Soziale Politik“ bei der Linkspartei. PDS Leipzig.

Im Parkett: Ein Generationenquerschnitt (25 Leute)

Dauer der Antwort: 127 Minuten.

Die Erfolgs-Frage bei sozialen Protesten und Aktionen war schnell gestellt, aber schwer beantwortet. Denn ist es beispielsweise für die Berliner Kampagne gegen Hartz IV-Zwangsumzüge ein Erfolg, wenn statt befürchteter 45 000 Räumungen nur etwa 5 000 stattfinden? Ist es ein Erfolg, wenn in Hamburg „besetzte Häuser“ in Genossenschaftseigentum umgewandelt werden? Ist es ein Erfolg, wenn vor dem Leipziger Rathaus gegen die Stadtwerke-Privatisierung demonstriert wird, aber der Anteils-Verkauf trotzdem stattfindet?

Das Ganze provozierte an diesem Abend das berühmte: „Ja...aber“, gebündelt mit der Gewissheit im Saal und auf dem Podium: So wie es ist, kann es nicht bleiben.

Dass die vor Jahren auch auf dem Leipziger Ring herbeidemonstrierte kapitalistische Freiheit zunächst im Osten, jetzt aber auch im Westen mit zunehmender gesellschaftlicher Armut einhergeht, wird vielen immer brutaler bewusst. Denn geschöpft wird sowohl das eigene Portemonnaie, als auch das derzeit auf den Geldmärkten zum Verkauf angebotene ehemalige Volks- und Stadteigentum. Der Osten ist bei Letzterem sensibilisierter als der Westen, so zumindest die Tenor dieser Leipziger Abendrunde.

Viele haben die Nase voll und kommen trotzdem nicht zu solch einer Diskussion. Viele möchten die Verhältnisse ändern und meiden trotzdem die derzeitigen Montagsdemos an der Nikolaikirche. Aus dem Parkett gaben Zuhörer zumindest eine Begründung: Dass die derzeitige Gesellschaft die Menschen total verwirrt oder vor sich herreibt und zwischen Billigjob und Hartz IV gefangenhält. Und außerdem die Erfahrung: Eine der größten Bewegungen der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik, die Hartz-IV-Proteste im Sommer 2004, konnten das Gesetz nicht kippen. Unüberhörbar aber auch an diesem Abend: Initiativen formieren und verzahnen sich. Die „Überflüssigen“ dieser Gesellschaft, vom Hilfsarbeiter bis zum studierten Dauerpraktikanten, solidarisieren sich gegen prekäre Verhältnisse. Und sollte der Soziologebegriff „Prekariat“ vielleicht das Unwort des Jahres 2006 werden. Seine Brutalität und Deutlichkeit zeugt von einer sich verschärfenden sozialen Grenzziehung. Das dies immer mehr erkennen, ist zumindest ein Erfolg. Keiner hatte an diesem Abend die Lösung und Losung. Aber man war interessiert, was der andere sagt. Ein Anfang!

• MIZO

erstuhl in Dortmund – die „Junge Welt“ schrieb Kokerei – im Jahre 2000 durch 400 chinesische Arbeiter begleitet. Das Werk ist inzwischen in China wieder aufgebaut und produziert seit diesem Jahr Koks. Verlierer sollen die deutschen Arbeitnehmer sein, aber wenn man die an den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts erinnernden Bedingungen sieht, unter denen die Chinesen arbeiten müssen, erhält man einen ganz anderen Eindruck. Die Hoffnung auf ein sozialistisches China, die mancher Linker hegt, dürfte auch durch solche Bilder einen empfindlichen Dämpfer erhalten.

Die weiße Friedenstaube Pablo Picassos hat sich bekanntlich in Leipzig inzwischen verflogen. Filme gegen die aktuell geführten Kriege waren kaum zu sehen ... oder werden nicht gedreht.

Goldene Tauben wurden in einer politisch-diplomatisch anmutenden Entscheidung zwei wohl eher schwachen Filmen zugesprochen, dem israelischen Film „The Cemetery Club“ und dem Film „Exile Family Movie“ des Exil-Iraners Arash T. Raki. Kein Wunder, dass die Taube auf dem roten (!) Logo des Festivals etwas verdattert guckt.

Die Internationale Leipziger Dokfilmwoche ist wohl doch inzwischen ein ganz normales Festival unter den anderen zirka 20 in Deutschland geworden.

• MANFRED BOLS



Das Kita-Gesetz

Am vergangenen Freitag hat Falk Neubert, familienpolitischer Sprecher der Linken im Landtag, einen Gesetzentwurf seiner Fraktion vorgestellt. Wie oft bei Gesetzen ist der Name lang, im Unterschied zu manch anderem Titel lügt er aber nicht: „Gesetz zur sozial gerechten und bildungsorientierten Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen in Sachsen sowie zum Einstieg in die Kostenfreiheit (Sächsisches Kita-Weiterentwicklungsgesetz)“.

Sozial gerecht ist es, wenn das Gesetz einen Rechtsanspruch auf mindestens neunstündige Kita-Bildung festlegt. Bildungsorientiert ist das Gesetz, wenn es einen Betreuungsschlüssel von 1:12 vorsieht, damit der seit Jahresbeginn gültige anspruchsvolle Bildungsplan sächsischer Kindergärten verwirklicht werden kann – auch dank Vor- und Nachbereitungszeit für Erzieher. Bildungsorientiert ist die Erhöhung der Landespauschale zur Förderung von Kindern mit sozial bedingten Rückständen um 900 Euro, ebenso wie eine generelle Kostenfreiheit von Vorschuljahr und Hort. Der alternative Haushaltentwurf der Linken weist dafür den Weg. Wann erhält das Kita-Gesetz Chancen auf Verwirklichung? Wenn sich vor dem Landtag links viel bewegt wie drinnen.

• G. BRAUN

Jurk versäumt EU-Sozialfonds-Termin

Wirtschaftsminister von der eigenen Koalition demontiert

LN. Am vergangenen Freitag platzte die Haushaltsberatung des Landtags-Wirtschaftsausschusses. Durch Enthaltung ließen CDU- und SPD-Vertreter den Antrag der Linken passieren, die Beratung zunächst von der Tagesordnung abzusetzen.

„Grund dieses einmaligen Vorgangs: Minister Jurk hatte die Vorlage des Operationellen Programms zur Verwendung der Mit-

tel aus dem ESF (Europäischen Sozialfonds) versäumt“, berichten Caren Lay und Ingrid Matern von der Linkenfraktion.

„Die Vorlage war für Ende Oktober angekündigt, was spät genug gewesen wäre. Nach Auskunft aus dem Finanzministerium liegt dort nicht einmal ein Entwurf vor. Somit fehlt der Haushaltsberatung jegliche Grundlage. Der SPD-Arbeitsminister ist damit

gründlich blamiert und wird von der eigenen Koalition demontiert. Es gibt offensichtlich keine eigenen Vorstellungen des Ministers für ein arbeitsmarktpolitisches Programm, damit hat sich der Arbeitsminister selbst überflüssig gemacht.“ – Die Linkenfraktion hat jetzt beantragt, die Förderung von Teilzeit-plus-Projekten in das Operationelle Programm für die nächste Förderperiode aufzunehmen.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Oktober

Arbeitslosenzahl sinkt, Lehrstellenskandal stinkt

Leipzigs Arbeitsagenturchef Dr. Meyer konnte ein weiteres Sinken der Arbeitslosenzahl vermelden. Ausschlaggebend waren mildes Wetter für Außenarbeiten, Produktionszuwachs der Industrie aus niedrigem Stand und Sondereffekte wie Streichung der Eigenheimzulage und bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung. Was die Arbeitsmarktstatistik betrifft, ist wie bisher davon auszugehen, dass sie deutschlandweit mit etlichen Tricks geschönt wird und im Grunde unglücklich ist. Hier also die offiziellen Angaben: Im Agenturbezirk Leipzig sank die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 2666 auf 66 858 Betroffene. Im Vergleich der Geschäftsstellen des Agenturbezirks hat die Hauptagentur Leipzig mit 17,5 Prozent die höchste Quote vor Borna. Die 7930 Neuanmeldungen (Leipzig + Umland) kamen aus allen Branchen, vor allem aus dem Dienstleistungssektor (799) und aus Ausbildung/Qualifizierung (1885). Die berufliche Perspektive für die Jugend hat sich weiter eingetrübt. Für 10 532 Bewerber gibt es ganze 2397 betriebliche Ausbildungsstellen – ein Minusrekord. Dazu kommen 1568 außerbetriebliche Angebote (354 Stellen weniger als im Vorjahr). 6888 junge Menschen warten bereits

seit vergangenen Jahren auf eine Lehrstelle! Zwar läuft eine Nachvermittlungsaktion; es heißt, alle Unversorgten sollen „ein Angebot“ erhalten. Doch nach eventueller Ausbildung erwartet viele der Fehlstart ins Berufsleben – ein Menschenrechtsproblem. Nach Angaben der ARGE Leipzig sank die Zahl der Unterstützungsbedürftigen nur gering auf 82 000 und die der „Bedarfsgemeinschaften“ auf 48 000 ...



In Sachsen insgesamt ging die Arbeitslosenzahl gegenüber September und Vorjahr offiziell um 14 376 bzw. 31 901 auf 333 554 zurück. Die Quote liegt bei 15,3 Prozent. 12 370 Personen kamen in Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnisse. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren ging zwar gegenüber dem Vorjahr um 5540 zurück, beträgt aber immer noch 42 970! Mehr als die Hälfte der Betroffenen bezieht bereits Alg II. Die Abwanderung (oder Flucht) aus dem Freistaat hält an.

• JOACHIM SPITZNER

Schwarze Schafe?

LN. Wirtschaftsminister Thomas Jurk hat dramatische Verstöße einiger Branchen gegen Arbeitszeitgesetz und Jugendarbeitsschutz bekannt gegeben. In mehr als der Hälfte der kontrollierten Malerfirmen und in 25 von 26 Hotels wird das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten. Wie die stellvertretende Vorsitzende der Linkenfraktion im Landtag, Caren Lay, feststellt, stehen Jugendliche „zunehmend vor der Alternative, entweder arbeitslos zu sein oder bis zum Umfallen ausgebeutet zu werden“. Hier räche sich bitter der Personalabbau bei den Arbeitschutzbehörden Sachsens.

Berufsschul-Plädoyer

LN. Mehrere tausend Demonstranten protestierten am 6. November in Dresden gegen die geplante Mittelkürzung bei freien Berufsschulen. Starken Beifall gab es, als André Hahn, Parlamentarische Geschäftsführer der Linkenfraktion des Landtags, erklärte: „Die freien Schulen sind eine Bereicherung des Bildungssystems und kein Ballast, dessen man sich einfach entledigen kann! Solange die dort vorhandenen Ausbildungsplätze – nicht zuletzt angesichts Tausender Jugendlicher in Warteschleife – noch dringend benötigt werden, muss auch die Finanzierung dieser Bildungsangebote gesichert sein.“

Wort von nebenan

... Merkwürdigerweise wird oft vergessen, dass der Krieg gegen Afghanistan auf völkerrechtlich ebenso tönernden Füßen steht wie der Angriff auf den Irak. Es war ein haarsträubender Anlass: die Auslieferung des (Phantoms?) Osama bin Laden. Dafür wird seit 2001 das Land verwüstet, um in Wirklichkeit eigene wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen.

Die Verrohung der Soldaten empfinde ich als Ausdruck des Systems Krieg. ...

Anke Kleinpeter, Leipzig

... Deutsche Politiker sollten ... wissen, dass ein Kriegseinsatz, wo immer auf der Welt, schon das höchste Maß an Verrohung darstellt. Es gibt keine Steigerung mehr! ...

Holger Michael, Eilenburg

Zitiert aus Leipziger Volkszeitung vom 4./5. 11. 2006

Buttolos Karte

LN. Am 7. November legte Innenminister Buttolo (CDU) dem Lenkungsausschuss für die Kreis- und Verwaltungsreform eine neue Kreiskarte vor. Neben drei kreisfreien Städten soll es zehn Landkreise geben – von Ost nach West: Neißekreis (mit Kreissitz Görlitz), Kreis Bautzen, Elbe-Weißeritz-Kreis (Pirna), Kreis Meißen, Kreis Mittelsachsen (Freiberg), Erzgebirgskreis (Ansbach-Buchholz), Kreis Torgau, Mulde-Pleisse-Kreis einschließlich Leipziger Land (Borna), Kreis Zwickau und Vogtlandkreis (Plauen). – Kritik kommt vor allem aus Delitzsch (wegen des Kreissitzes Torgau) und dem Muldetal. Grimmas Bürgermeister Matthias Berger: „Ich fühle mich verraten, verkauft, betrogen.“ Manche dächten schon an Demos. Auf wenig Gegenliebe stößt auch der unattraktive Name für den Kreis südlich von Leipzig.

31. Oktober

Leipzig. Eine Großbrand-Serie setzt sich fort: In der Nacht zum 31. 10. steht das Stammhaus des DDR-Druckmaschinenkombinats Polygraph in Flammen.

1. November

Leipzig. Rund 10 000 Apotheker und Angestellte demonstrieren für flächendeckende Arzneimittelversorgung und gegen die Forderung, 500 Millionen Euro zugunsten der Krankenkassen einzusparen.

Dresden. In den ersten neun Monaten des Jahres entstanden in Sachsen 1561 neue Handwerksbetriebe, teilt der Sächsische Handwerkstag mit. Die Betriebsdichte liege deutlich über dem deutschen Mittel.

2. November

Düsseldorf. Sachsens Schuldnerquote stieg auf 9,8 Prozent (Bundesdurchschnitt 10,6). Das geht aus dem Schuldner-Atlas hervor, den die Auskunftei Creditreform vorstellt.

3. November

Dresden. Wegen Fristverstoß verurteilt der Sächsische Verfassungsgerichtshof eine Abgeordnetenanklage gegen MdL Prof. Dr. Peter Porsch, die ihm IM-Tätigkeit unterstellte. „Wir hätten uns natürlich ein

Urteil zur Sache selbst und insbesondere zum entsprechenden Artikel der Sächsischen Verfassung gewünscht, den wir für verfassungswidrig halten“, erklärt Dr. André Hahn von der Linkenfraktion.

Dresden. Eine Gymnasiastin aus der Sächsischen Schweiz hat einen Schulweg von zweidreiviertel Stunden hin und zurück. Das ergibt ein von der Linkenfraktion im Landtag gestarteter „Wettbewerb“, der auf das Schulsterben aufmerksam macht.

Dresden. An Sachsens Schulen nehmen rechtsextreme Straftaten rapide zu. Das geht aus der Antwort von Innenminister Albrecht Buttolo auf eine Anfrage der Abgeordneten Heike Werner und Heiko Hilker (Linkspartei) hervor. Vor allem junge Menschen „in ihrer politischen Sozialisationsphase“ seien anfällig für rechtsextreme Propaganda, so Buttolo.

5. November

Chemnitz. Ein 42-Jähriger verspielt beim Skat seine Kleidung und wird nachts bei fünf Grad nur mit Socken aufgegriffen.

Hamburg/Dresden. Wie „Der Spiegel“ berichtet, erheben die Wettiner Anspruch auf über 1600 Porzellanobjekte aus Dresdens Kunstsammlungen.

Leipzig. Uniklinik und Ver.di einigen sich nach dreiwöchigem Streik auf Eckpunkte eines Haustarifvertrags für rund 2800 nicht-ärztliche Mitarbeiter.

8. November

Leipzig. Halle und Leipzig vereinbaren, die Handel-Festspiele künftig zeitgleich mit dem Auftakt des Bachfestes abzuschließen.

9. November

Leipzig. Das Bundesverwaltungsgericht genehmigt den Frachtexpressverkehr auf

dem Flughafen Leipzig/Halle für Nachtstunden und weist Klagen von Anwohnern im Kern zurück. Einschränkungen gelten nur für Passagierverkehr.

10. November

Dresden. Nach sechsjähriger Arbeit ist der Hauptbahnhof – außer Südhalle – saniert und modernisiert. Der Umbau beruht auf einem Entwurf von Norman Foster (USA).

11. November

Dresden. Die sächsische Ärztekammer verabschiedet eine Protestnote gegen die „Gesundheitsreform“ der Bundesregierung.

12. November

Berlin. Der Dirigent und Pianist Daniel Barenboim erhält in der Staatsoper den Robert-Schumann-Preis der Stadt Zwickau. Sie würdigt damit auch sein Eintreten für die Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern.

13. November

Dresden. Der Landtagsabgeordnete Karl Nolle (SPD) erstattet Strafanzeige gegen MdL Klaus-Jürgen Menzel (NPD), der im MDR-Interview „zum Führer steht“. Leipzig. An der Universität gründet sich eine Attac-Campusgruppe.

SACHSEN-CHRONIK

31. Oktober bis 13. November

Während einer Aktuellen Debatte des Sächsischen Landtages (13. Oktober) zum Thema „Schätze ans Licht – Die sächsischen Museen als bedeutender Standortfaktor. Anspruch und Wirklichkeit“ trug

DR. VOLKER KÜLOW

den Standpunkt der Linkspartei zur gefährdeten sächsischen Museumslandschaft vor:

Mit rund 470 Museen weist Sachsen zweifellos eine der größten und zugleich vielgestaltigsten Museumslandschaften in der Bundesrepublik, ja vielleicht sogar in ganz Europa, auf. Es war alles andere als zufällig, dass in das berühmte „Blaubuch“ von Prof. Paul Rabe über die kulturellen Leuchttürme in Ostdeutschland unter die insgesamt 20 Einrichtungen immerhin sieben sächsische Museen aufgenommen wurden. Neben den renommierten Einrichtungen in Dresden, Leipzig und Chemnitz sind es aber vor allem die zahlreichen heimatkundlichen Einrichtungen mit regionaler und lokaler Bedeutung, die den Reichtum der sächsischen Museen im buchstäblichen Sinne von A wie dem das Adam-Ries-Museum in Annaberg-Buchholz bis Z wie der Zungeninstrumenten-Sammlung in Zwota ausmachen. Die Versäumnisse der letzten Jahre haben zu einer sträflichen Vernachlässigung von wichtigen Bestandteilen der Museumslandschaft im Freistaat und zu bedrohlichen Disproportionen geführt: Während über der vorzüglichen Landesstelle für Museumswesen das Damoklesschwert der Auflösung schwebt, während der Zweckverband Sächsisches Industriemuseum seit zwei Jahren ohne gültige Satzung ist und durch die lineare Kürzung der Landeszuschüsse um jährlich sieben Prozent mittlerweile in seiner Substanz und Weiterexistenz massiv bedroht ist, werden überdimensionierte Prestigeprojekte wie das geplante Landesmuseum für Archäologie mit geradezu irrwitzigen Summen gefördert. Ohne ein bisher wirklich überzeugendes inhaltliches Konzept sollen in den Umbau des ehemaligen Chemnitzer Kaufhauses Schocken und die Erstaussstattung dieses Museums sage und schreibe 50 Millionen Euro fließen.

Die Hauptursache für diese fatale Fehlentwicklung ist das erklärte Bekenntnis der Staatsregierung zur Quadratur des Kreises, nämlich bei den Landesmuseen das vorhandene Personal um ein Drittel



Widerspiegelung des Alltäglichen am Leipziger Bildermuseum

Foto: Eiltzer

Wenig Chancen für kulturelle Leuchttürme

abzubauen und gleichzeitig die Ausstellungsflächen weiter zu vergrößern. Namhafte Vertreter der sächsischen Kultur wie der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden Prof. Martin Roth und der Direktor des Grünen Ge-

Die Hauptursache für diese fatale Fehlentwicklung ist das erklärte Bekenntnis der Staatsregierung zur Quadratur des Kreises, nämlich bei den Landesmuseen das vorhandene Personal um ein Drittel abzubauen und gleichzeitig die Ausstellungsflächen weiter zu vergrößern.

wölbes Prof. Dirk Syndram haben in den letzten Wochen zu Recht und sehr deutlich darauf hingewiesen, dass diese Personalpolitik destruktiv und ignorant, ja schlichtweg eine Katastrophe ist. Während für das Grüne Gewölbe über 130 000 Karten im Vorverkauf abgesetzt worden sind, jährlich über zwei Millionen Touristen in die Landeshauptstadt strömen und sich der Ministerpräsident der Dresdner Kultureinrichtungen bei allen Staatsbesuchen erklärtermaßen als Türöffner bedient, ist gleichzeitig der normale Museumsbetrieb kaum noch möglich. Schlim-

mer: Die drohenden Personalkürzungen werden dazu führen, dass künftig keine größeren auswärtigen Vorhaben bzw. Ausstellungen mehr möglich sind.

Aber nicht nur für das internationale Image des Freistaates, auch für die Aufrechterhaltung des Museumsalltags drohen fatale Konsequenzen: Wenn die Stelle des Leiters der Restaurierung im Kupferstich-Kabinett nicht wiederbesetzt wird oder das Grüne Gewölbe nur noch über zwei Restauratorenstellen verfügt, dann geht Wissen verloren, das über Jahrhunderte tradiert wurde. Dann kommen viele unserer Schätze nicht mehr ans Licht, sondern verschwinden für die kulturell interessierte Öffentlichkeit auf Nimmerwiedersehen in den Depots.

Es ist allerdings durchaus nicht so, dass die Staatsregierung in Personalfragen im Museumsbereich gänzlich ohne Finger-spitzengefühl agieren würde. Während wichtige Briefe zum Teil jahrelang nicht beantwortet werden, war man im Wissenschaftsministerium und in der Staatskanzlei im September innerhalb weniger Tage in der Lage, für die menschlich und fachlich gescheiterte Landesarchäologin Dr. Judith Oexle – natürlich ein treues CDU-Mitglied – eine neue Position zu finden. Diese Personalentscheidung ist etwas für echte Liebhaber der soziologi-

sche Satire *Das Peter-Prinzip*, der zufolge in einer Hierarchie bekanntlich jeder Beschäftigte dazu neigt, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen.

Wegen Mobbing und autoritären Führungstils – übrigens sogar nachzulesen in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia – nicht länger als Landesarchäologin tragbar, wurde sie – gewiss in Absprache mit ihrem jahrelangen Gönner Prof. Milbradt – nach oben, auf die wesentlich verantwortungsvollere Position als Leiterin des Referats 54 im Innenministerium „Städtebau und EU-Förderung“ befördert.

Aber es gibt drängendere Fragen in der sächsischen Museumslandschaft als das Schicksal eines umstrittenen parteipolitischen Günstlings des sächsischen Ministerpräsidenten. Dazu zählen u. a. zweifellos die Perspektiven der Landesstelle für Museumswesen, die derzeit alles andere als rosig aussehen. Mit den beiden Kabinettsbeschlüssen vom 27. Juni und 18. Juli 2006 zur Verwaltungsreform droht dieser Einrichtung faktisch die Auflösung und – wenn überhaupt – die Integrierung in die Kulturstiftung. Insbesondere die Landesstelle für Museumswesen ist als anerkannte Fachinstanz für die Bewahrung des kulturellen Erbes in Sachsen in diesem Bereich sowie als entscheidendes kulturpolitisches Steuerungsinstrument bei der strukturellen Einheit von Fachberatung und Projektbetreuung von über 400 Museen in nichtstaatlicher Trägerschaft in ihrer bisherigen Strukturform unverzichtbar.

Noch ist Sachsen gerade wegen der Landesstelle unter den neuen Bundesländern ganz klar führend sowohl im Museumswesen allgemein als auch bei der Museumsberatung und -förderung. Hier ist die neue Ministerin, Frau Eva Maria Stange, persönlich in der Verantwortung, diesen drohenden Kollaps zu verhindern, zumal diese Beschlüsse ja noch ohne ihr Zutun gefasst worden sind. Auch die schon erwähnte Erosion des Zweckverbandes Sächsisches Industriemuseum muss schnellstmöglich gestoppt werden. Es ist doch grotesk und peinlich zugleich, dass beispielsweise das Industriemuseum Chemnitz im letzten Jahr zum Ankerpunkt in der Europäischen Route der Industriekultur ernannt wurde – und dessen Direktor aus den Händen der belgischen Königin Fabiola in Brüssel den Europäischen Museumspreis in Empfang nehmen konnte – und zugleich jährlich immer weniger Zuschüsse erhält. Es stellt sich vor diesem Hintergrund für uns die Frage, ob die Erinnerung an die traditionsreiche sächsische Industriekultur von interessierter Seite kaputtgespart werden soll.

Ein erfülltes DDR-Leben



Dieter Bellmann (links) und K.-F. Lindenau

Foto: M. Hanisch

Es war eine ungewöhnliche Buchvorstellung, an der im Bürgerverein Messemagistrale knapp 100 Besucher teilnahmen. Die Texte aus „Ungeübliche Betrachtungen eines Mediziners. Eine Rückblende“ von Karl-Friedrich Lindenau las der bekannte Schauspieler Dieter Bellmann. Der Autor, Herzchirurg von europäischem Format und einst Direktor des Leipziger Herzzentrums an der KMU, kommentierte die Passagen zwischen den Textstellen seines Buches. Was da nochmals zur Sprache kam, war erschütternd. Dem Mann, der mit seinem überragenden fachlichen Können Hunderten Menschen das Leben gerettet hatte, darunter auch Teilnehmern der Buchvorstellung, wurde als Arzt wegen „Staatsnähe“ fristlos gekündigt – und von heute auf morgen arbeitslos. Er erfährt das Urteil über sich und die Menschen in der DDR, das da lautete: „Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Erziehung und Ausbildung verhunzt. Jeder sollte nur noch ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich heute dort einer

Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weiten Strecken völlig unbrauchbar.“ Lindenau zitierte dieses Urteil eines Professors für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, der viele Jahre an der Freien Universität in Berlin tätig war.

Das Echo auf sein erstes Buch „Rückblende“ war überragend. Viele Menschen im Osten des Landes sagten oder schrieben dem Autor: „Ja, so war auch mein Leben!“ Das gab ihm Mut, ein weiteres Buch zu schreiben.

Fachkollegen aus dem Westen, die von seinem hohen ärztlichen Können wussten, nahmen ihn damals sofort auf. Und so war er bis zu seinem 65. Geburtstag, den er kürzlich beging, Arzt im Rhön-Klinikum in Bad Neustadt.

LN, die sein Buch bereits in der Ausgabe 2/06 besprochen hat, gratuliert Prof. Dr. K.-F. Lindenau nachträglich herzlich zum Geburtstag und wünscht ihm viele weitere Leser seines höchst empfehlenswerten Buches. • KURT SCHNEIDER

Big Helga aus der GDR

Zum 15. Todestag einer Leipzigerin auf Zeit

Nach dem Studium der Gretchen- und der Klassenfrage an der Schauspielerschule in Berlin-Schöneeweide spielte sie in Leipzig ab 1959 auf den Brettern der „Pfefermühle“. Es war das erste richtige Engagement. „Ab sofort konnte ich mit Geld nur so um mich werfen. Mit Lehrgeld! Doch als mein letzter Bettbezug auf die Pfandleihe wanderte, holte mich 1961 das Fernsehen auf die Mattscheibe.“

Es dauerte zwar doch noch einige Jahre mit dem Ruhm, aber dafür klappte es dann umso besser. Auch mit Helgas Top-Musike im alten „Haus der heiteren Muse“.

Sie fehlt einem besonderen Teil Deutschlands, dem aber ganz doll, schreibt Inka Bause in dem neuen großen Hahnemann-Buch.

Das enthält neben ihren besten Sketchen, den schärfsten Sprüchen, viele unvergessene Lieder und seltene Fotos.

• - CK

War schön mit Euch.

Das dicke Helga Hahnemann Buch. Eulenspiegel Verlag. Berlin 2006. 210 S., 19.80 Euro

Mein Lieblingstitel ist:
Abba am Abend, da spielt der Zigeuner.

*

Wißt ihr eigentlich, dass ich in einem Verein bin, dessen einziges Bestreben der Umsturz ist. Ick meine doch nur meinen Kegelvein.

*

Den oder keinen?
Dann lieber keinen ... Mann!

Ick bin, wie ick immer war:
Big Helga aus der GDR.
Noch immer renn ick Wände ein.
Zerbeul dabei mein Heiljensein.

*

Oft muss ick Seelentröster sein und weeiß oft selbst nich' aus noch ein! Denn hab ick hier im Bauch so'n Druck, weil ick dauernd Tränen runterschluck!

Garantiert H.H.

Das Ozonloch entsteht, weil auf der Erde das Blaue vom Himmel runtergelogen wird!

*

Ick bin – wat alle sind:
Een kleenet Menschenkind.

*

Wenn ick manchmal so meen' Moralischen krieg, dann wünsch ick uff eenmal als Kind mir zurück.

*

In meiner Show fange ich jedesmal bei „Las Vegas“ an und höre zwangsläufig bei „Las Wurzen“ auf.



Helga Hahnemann
geb. 8.9.1937 – gest. 20.11.1991

Glück

Den eenen bringt sein Glück fast um –
der andre hütet's ängstlich!
Und manche trampeln darauf rum,
bloß ick wart' lebenslänglich!

Wenn sich det Glück
doch mal verirrt
und bis vor meine Türe schwirrt,
denn bin ick Glücksbanause
natürlich nich' zu Hause!

Das Besondere an dieser Reise war, dass die Teilnehmer Gleichgesinnte waren und sofort im Bus eine gute Stimmung aufkam. Außerdem bietet das Riesengebirge, ob auf tschechischer oder auf polnischer Seite, viele landschaftliche Schönheiten. Unsere liebenswerte Reisebegleiterin bei der gemeinsamen Fahrt nach Vrchlabi, Harrachov und Hradec Kralove war wieder Margit.

Ein wichtiges Ereignis der Urlaubsreise war die Teilnahme am ANTIFA-Treffen in Mala Upa.

Das 1. Riesengebirgstreffen wurde 1922 durchgeführt, d. h. 2007 jährt sich das Treffen zum 85. Mal. Am 15. Mai 1927 demonstrierten auf einer Kundgebung 2500 tschechische und deutsche Teilnehmer für Solidarität mit der Sowjetunion. An diesem Treffen, bei dem Deutsche und Tschechen Fahnen austauschten, nahm Ernst Thälmann teil.

Die von den deutschen Antifaschisten übergebene Fahne überlebte Krieg und Besetzung, dank der tschechischen Genossen, die sie verbargen. Jetzt begleitet die Fahne den Kreisverband Trutnov der KSCM zu den jährlichen Traditionstreffen.

Das damals letzte Treffen war illegal und diente vor allem dazu, deutschen Antifaschisten, die nach dem Reichstagsbrand von der Verhaftung bedroht waren, unter erheblichen Opfern und hohem Risiko zur Flucht zu verhelfen.

Ab 1972 werden die gemeinsamen Zusammenkünfte zwischen Tschechen, Polen und Deutschen zur gegenseitigen

Linksabbieger im Riesengebirge



Information über derzeitige Erfahrungen und Probleme der Linken in den teilnehmenden Ländern genutzt. Auf Empfehlung von Prof. Bernd Koenitz – unser Chefdolmetscher – nahm der Kreisvorsitzende von Trutnov an einer Gesprächsrunde in unserem Hotel teil.

Die AG Reisen und die AG Senioren organisieren schon seit mehreren Jahren gemeinsam mit dem linken Reisebüro TUK von Berlin Fahrten zu diesen ANTIFA-Treffen. Das diesjährige war mit Abstand das erfolgreichste. Zum ersten Mal ist es mit Unterstützung des Stadtverbandes der Linkspartei. PDS gelungen, eine Gruppe von Jugendlichen zu gewinnen. Studium und Arbeit erlaubten es der Gruppe, mit neun Jugendlichen – organisiert von der AG Junge Genossen – zwar nur zwei Tage nach Spindelmühle zu

kommen, aber sie kamen und waren bestimmt die einzige Jugendgruppe aus Deutschland.

Unser ältester Teilnehmer war Prof. Hans Lauter mit 92 Jahren, der auch zur Kundgebung gesprochen hat. Er brachte den Dank für die Unterstützung zum Ausdruck und unterstrich die Notwendigkeit des engeren Zusammenwirkens mit Jugendlichen und Gewerkschaftlern.

Da sich 2007 das Auftreten Ernst Thälmanns zum 80. Mal jährt, ist geplant, eine Gedenktafel in Kralovec anzubringen. Prof. Lauter unterbreitete den Vorschlag, auf der Gedenktafel auch Karl Kreibisch zu nennen, da er sich während des 2. Weltkrieges bei der Unterstützung deutscher Antifaschisten sehr verdient gemacht hat. Der Vorschlag fand allseitig Zustimmung.

Der anschließende Aufstieg auf die 1 602 Meter hohe Schneekoppe war für die älteren Teilnehmer nicht zu bewältigen, deshalb wurde die Seilbahn genutzt. Einige fuhren mit der Kleinbahn um Mala Upa oder besuchten die Gaststätten im Ort, so dass jeder nach seinen Wünschen diesen Tag gestalten konnte.

Überrascht waren die Teilnehmer der Kundgebung über eine Grußbotschaft des Parteivorstandes der Linkspartei. PDS, die Lothar Bisky unterzeichnet hat.

Er wertete das Treffen als wichtigen Beitrag zur Festigung der Kontakte innerhalb der europäischen Linken. An die Tradition des Kampfes in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts anknüpfend, habe das Treffen zu einer Zeit, wo sich faschistische Strukturen überall in Europa, besonders aber in Deutschland ausbreiten, aktuelle Bedeutung.

Etlche Teilnehmer dieser Reisegruppe haben sich vorgenommen, zum 85. Jahrestag wieder dabei zu sein. Und damit keiner Probleme mit der Urlaubsplanung 2007 bekommt, wird bereits jetzt der 25. August 2007 für das nächste ANTIFA-Treffen bekannt gegeben. Das Reisebüro TUK wird für Ende August 2007 wieder eine Reise nach Spindelmühle anbieten. Bleibt nur zu wünschen, dass sich noch mehr Jugendliche und ältere Antifaschisten von Leipzig bereit erklären an der Reise 2007 teilzunehmen.

Für Anfragen bitte unter Tel. 0341-6883502 (mit Anrufbeantworter) melden.

• AG REISEN
AG SENIOREN

Weinböhla stand am ersten Novemberwochenende gleich zweimal im Medieninteresse. Zum einen wurde die neue sächsische Weinkönigin gewählt. Zum anderen und zweifellos von größerem Interesse aber war die 2. Tagung der 9. Landes-Parteitages der Linkspartei.PDS Sachsen. Das lag nicht nur an den Themen, sondern auch an prominenten Rednern wie Oskar Lafontaine. Und, um dies vorab zu sagen, der Parteitag dürfte vielen Mitgliedern an der Basis wieder Mut für die nun begonnene konkrete Diskussion über die Vereinigung von Linkspartei und WASG gemacht haben. Nahezu einstimmig sprach sich der Parteitag dafür aus, den demokratischen Sozialismus als Weg, Ziel und Wertesystem in der programmatischen Debatte zu diskutieren und als Identitätskern in das Statut der neuen Partei aufzunehmen.

Auch dies vorab: Der immer wieder in einigen Zeitungen geführten Diskussion über Kronprinzessin oder Kronprinz für den künftigen Vorsitz der sächsischen Landtagsfraktion erteilte Prof. Peter Porsch, der – lang angekündigt – im nächsten Sommer seinen Abschied von dieser Funktion nehmen will, eine Absage. Die Partei hat schließlich wahrlich Wichtigeres zu stemmen als immer nur Personalien. Vor allem die Weiterführung des Landesentwicklungsprozesses ALEKSA „Alternativen denken – Konzepte entwickeln – Gemeinsam handeln“. Einen ent-

Nach dem PDS-Landesparteitag in Weinböhla

Bekenntnis zum Sozialismus

sprechenden Beschluss verabschiedete denn auch der Parteitag. Dass führende Gewerkschafter wie der Landesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Sachsen, Hanjo Lucassen, gleich zu Beginn zu den Delegierten sprachen, unterstreicht nur zu deutlich den Stellenwert, den die Partei der sozialen Frage auch in ihrer Programmdiskussion einräumt. Deutlich stellte sich Lucassen hinter die PDS-Forderung nach einem Mindestlohn. Angesichts der Gewerkschaft der Arbeiterinnen der Wirtschaft seien den Arbeitenden 7,50 Euro je Stunde zu gewähren. In Sachsen erhalten Friseurinnen derzeit 3,85 Euro die Stunde, Wachleute 5 Euro. Den geplanten Verkauf der Gewerkschaftshäuser, vorwiegend in Ostdeutschland, bezeichnete Lucassen als verantwortungslos. Die Delegierten stimmten am Sonntag einer Protestesolution „Hände weg vom Gewerkschaftseigentum! – Kein Verkauf der Gewerkschaftshäuser!“ zu. Das Erste, was alle begreifen

müssten, sei, so betonte die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst, dass sich die Partei in allem was sie tut, dem wirklichen Leben zuwenden müsse. „Das mag simpel klingen. Aber das wirkliche Leben ist nicht immer das, was sich in unseren Politiker-Köpfen abspielt, was wir im Internet veröffentlichen, was wir von uns geben. Das wirkliche Leben sind die sehr konkreten Verhältnisse der Leute, ihre Sorgen und Hoffnungen. ... Das bedeutet, dass wir unsere ausgeprägte Innensicht auf ein Mindestmaß reduzieren müssen. ... Unser Image als Partei, die sich kümmert, hat uns viel Vertrauen gebracht. Dort lasst uns ansetzen. Die Linke muss eine Dialog-Partei sein, nach innen und nach außen. Sie muss zuhören können, helfen wollen ...“ Nicht nur, weil Sachsen die höchste Abwanderungsrate in ganz Deutschland hat, sondern weil sie menschenverachtend

sind, forderte Cornelia Ernst die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze und die Einführung von Mindestlöhnen.

Unter dem Beifall der Delegierten erklärte die Landesvorsitzende, auch Stadträtin in Dresden: „Das Engagement einiger Dresdner Stadträte für den Totalverkauf der Wohnungsbaugesellschaft (WOBA) war der Glaubwürdigkeit abträglich. Mehr noch als den Totalverkauf kritisiere ich, dass einige von ihnen aus diesem Einzelfall den Verkauf kommunalen Wohneigentums zur Programmik der Partei machen wollten. Bundes- und Landespartei sind sich einig, dass die Privatisierung kommunalen Eigentums der falsche Weg ist. Auch in der neuen Partei werden wir uns gegen die Verschönerung kommunalen Tafelsilber wehren. Wohnen ist ein elementares Gut, es gehört nicht privatisiert.“ Stefan Hartmann, der für die Strategiekommision des Landesvorstandes sprach, setzte „mit Bedacht an den Anfang sei-

ner Ausführungen Karl Marx“. Denn in der Debatte um Programm und Strategie der neuen linken Partei gehe es nicht nur um die eine oder die andere politische Forderung oder den Kampf um gute Wahlergebnisse. Vielmehr müssten sich die Genossen die Frage stellen, was das für eine Gesellschaft überhaupt ist, hier in Deutschland und in fast allen anderen Ländern der Welt, was ihre Eigenschaften sind und worin damit Ziel und Möglichkeiten politischer Arbeit bestehen können. Bei dieser Analyse sei Marx ein guter Helfer.

„Den Begriff des demokratischen Sozialismus“, so Hartmann, „haben wir nicht als Traditionspflege, nicht aus wahltaktischen Gründen und auch nicht mangels anderer in die Mitte unseres politischen Denkens und Handelns gesetzt. Vielmehr bezeichnet er den Zweck unseres Handelns, den Sinn unseren politischen Tuns.“ Wer also von Pluralismus rede, dürfe über demokratischen Sozialismus nicht schweigen.

Sein Einwurf, dass demokratischer Sozialismus als Weg, Ziel und Wertesystem in der programmatischen Debatte nicht unbezweifelt, nicht unbefragt sind, und seine Frage, wie weit Kompromisse innerhalb der PDS und mit der WASG gehen können, dürfte der Schwerpunkt der zeitgerafften Diskussion über die neue Linkspartei sein. Dass die Vereinigung historische Tragweite hat, darüber besteht wohl kaum Zweifel.

• S.SCH. / M. W.

Enrico Stange, WASG-Landesvorstand Sachsen

Es steht die Frage nach dem Selbstverständnis der gemeinsamen Partei. Soll es eine sozialistische Partei sein, geht es um die Verankerung des demokratischen Sozialismus als Zielsetzung des parteilichen Handelns, als Methode und Wertesystem? Hier schlagen die Wogen der Diskussion hoch. Ich fände es gut, schreiben wir in unser Grundsatzdokument hinein, dass wir eine sozialistische Partei sein wollen, dass der demokratische Sozialismus für uns das über den Kapitalismus hinausweisende gesellschaftliche Ziel sein soll, Methode und Werte-

system. Lasst uns dann auch verankern, was das für uns ganz konkret heisst: sozialistische Partei, demokratischer Sozialismus. Denn es muss mehr sein als ein Bekenntnis, dass durch zum Beispiel tägliche politische Kleinarbeit in den allseits bekannten Sachzwängen kommunaler Verantwortung zum Lippenbekenntnis verkommt. Denn dies hätte sehr wohl eine nochmalige Diskreditierung der Idee des Sozialismus und des Wesens einer sozialistischen Partei zur Folge. Demokratischer Sozialismus gehört zur sozialistischen Partei nicht, weil es hübsch aussieht und es schon immer irgendwie dazu gehörte, sondern weil wir damit inhaltliche Grundsätze verbinden wollen von der Bundesebene bis hin zur kleinsten Gemeindevertretung.

Seit der UNO-Sicherheitsratsresolution 242 aus dem Jahre 1967 gibt es eine völkerrechtliche Grundlage, um den Nahostkonflikt friedlich zu lösen. Im März 2002 kam die Sicherheitsratsresolution 1397 hinzu, die den Palästinensern erstmals seit 1947 einen eigenen Staat zuerkennt. Und trotzdem sind bis heute alle Ansätze und Lösungsversuche, wie die Madrider Konferenz von 1990 und zuletzt der Osloer Prozess, gescheitert. Im Grunde wurde die Situation immer schlimmer, die Leiden der Palästinenser ebenso wie das Bangen der Israelis um die eigne Sicherheit immer stärker. Die Lage scheint heute komplizierter denn je. Warum ist das so? Werden neue völkerrechtliche Grundlagen gebraucht? Sind die bisherigen obsolet? Oder liegt es am Verhalten der hauptsächlich Beteiligten?

Im Palästina-Konflikt gibt es heute drei an der Konfrontation direkt Beteiligte: Israel, die PLO mit Präsident Abbas und die Hamas. Der Wahlsieg der islamistischen Hamas im Januar 2006 hat zweifellos eine völlig neue Situation geschaffen. Was wollen die drei?

Die israelische Regierung will nach eigenem Bekenntnis die meisten Siedlungen im Westjordanland nicht aufgeben und lehnt einen Rückzug auf die Grenzen von 1967 ab.

Präsident Abbas und die PLO wollen den eigenen palästinensischen Staat in den

Wie weiter im Nahostkonflikt?

Wenn Vorurteile das Urteil über Hamas bestimmen

Von Heinz-Dieter Winter, Botschafter a. D.

Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt und wollen dies durch Verhandlungen erreichen. Doch viele Palästinenser glauben nach der großen Enttäuschung von Oslo und der gegenwärtigen israelischen Politik nicht mehr an die Möglichkeit, dass dieses Ziel mit der gegenwärtigen israelischen Regierung verhandelbar ist. Die Masse der Palästinenser neigt der Position von Hamas zu.

Worin besteht die Position von Hamas? Im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Nahostkonferenz der Fraktion Die Linke im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang November in Berlin wurde von einigen Linksvertretern die Meinung geäußert, dass man Hamas-Vertreter gar nicht erst einladen dürfe, da Hamas das Existenzrecht Israels nicht anerkenne und keine „emanzipatorischen Inhalte“ habe. Ursachen der Politik von Hamas, Absichten, Rolle und Perspektiven von Hamas sind leider auch unter Linken zu wenig bekannt. Vorurteile be-

stimmen in vieler Hinsicht das Denken. Die Kenntnis eines kürzlich erschienenen Buches einer in Ostjerusalem lebenden deutschen Professorin, der anerkannten Expertin des Palästina-Problems Helga Baumgarten – „Hamas. Der politische Islam in Palästina“ – könnte da Abhilfe schaffen. Schließlich geht es nicht darum, ob die Hamas ein emanzipatorisches Programm wie die Linkspartei hat. Programm wie Kampfmethoden der Hamas sind gewiss für linke Politik nicht akzeptabel. Aber es geht um den Frieden im Nahen Osten, und wie will man den erreichen, wenn man mit dem Hauptbeteiligten am Konflikt, hinter dem die Mehrheit der Palästinenser steht, nicht sprechen will?

Hamas will auch den eigenen Staat in den Grenzen von 1967, lehnt aber die Anerkennung Israels und die Einstellung der Gewalt ab, solange Israel sich nicht aus den 1967 besetzten Gebieten vollständig zurückgezogen hat. Danach wäre Hamas zunächst zu einem langfristigen Waffen-

stillstand (sogenannte Hudna) mit Israel bereit. Eine spätere Anerkennung wird nicht ausgeschlossen. Vergessen wir nicht, dass auch die PLO erst mehr als zwanzig Jahre nach ihrer Gründung – 1988 – Israel anerkannt hatte.

Es gibt also Möglichkeiten, auch mit Hamas über eine Friedenslösung zu sprechen. Dafür sind zwei Dinge notwendig: Erstens: Israel muss ernsthaft seine Bereitschaft bekunden, die Resolution 242 zu erfüllen, die Siedlungspolitik aufgeben und sich auf die Grenze von 1967 zurückziehen.

Zweitens: Der Boykott und die westliche Aushungerungspolitik gegenüber der Hamas und dem palästinensischen Volk müssen beendet werden. Mit Hamas sollte ohne Vorbedingungen verhandelt werden. Ohne die Einbeziehung der islamistischen Hamas wird es keinen Frieden geben. Die Politik der Bundesrepublik und der Europäischen Union insgesamt nach den palästinensischen Wahlen kann man nur als Versagen und als kontraproduktiv bezeichnen. Faktisch wurde mit der Boykottpolitik und der Einstellung der Hilfe die Gefahr eines Bürgerkrieges im palästinensischen Autonomiegebiet gefördert. So kann man resümieren, dass die völkerrechtlichen Grundlagen gut und ausreichend sind. Die UNO-Beschlüsse müssen erfüllt werden, aber einige Akteure müssen ihr Verhalten ändern.

Felix Mendelssohn Bartholdys großartiges Oratorium „Elias“ war innerhalb von vier Tagen gleich zweimal von verschiedenen Chören zu erleben. Als regelmäßige Gäste führten die Robert-Franz-Singakademie und das Staatsorchester Halle unter Leitung Gothart Stiers das Werk am Reformationstag in der Thomaskirche auf. Ihre Konzerte gehören schon zur Leipziger Tradition. Ein außergewöhnliches Ereignis bedeutete wenige Tage später im Gewandhaus die Auf-

kein Zuhörer vergessen wird. Einen anderen Konzertabend eigener Art bescherte der Dirigent Sir André Previn mit dem Gewandhausorchester. Der 77-jährige Altmeister demonstrierte, wie mit wenigen Gesten enorme Intensität erreicht werden kann. Es bedarf da aber eines Klangkörpers vom Range des Gewandhausorchesters, der auch die kleinsten Andeutungen umsetzt. Schon die Ausformung der langsamen Einleitung von Mozarts Prager Sinfonie ließ mit ihren kühnen harmonischen

Osten zunehmend das Einfühlungsvermögen in die europäische Gefühlswelt. Der auf 24 Konzerte angelegte Zyklus mit dem Gesamtwerk Dietrich Buxtehudes vermittelt eine lebendige Vorstellung von den einstigen Abendmusiken, die den jungen Bach nach Lübeck lockten. Am 17. Abend erklangen zwischen Orgelpräliminarien Stücke für Solostimmen und Instrumente, die man ob ihrer Texte und Musik fast für weltliche Liebeskantaten halten könnte. Souverän Michael Schönheit als Organist und

Deutsch-Israelische Philharmonie mit „Elias“

führung des „Elias“ mit der Deutsch-Israelischen Philharmonie, die den Jerusalem Oratorio Choir mit dem Akademie-Chor und dem Akademie-Orchester der Christlichen Musik- und Kunstakademie Stuttgart vereint. Allein, dass Juden und Christen den für beide Konfessionen wichtigen Propheten Elias mit Mendelssohns Oratorium gemeinsam feiern, darf nach all den historischen Konflikten freudig begrüßt werden. Dass aber nach den furchtbaren Geschehnissen zwischen 1933 und 1945 Israelis und Deutsche sich in einer Philharmonie vereinen, bahnt den Weg zu einem freundschaftlichen Miteinander.

Selbst wenn die Gesangskultur beider Chöre weniger vollkommen gewesen wäre, hätte die emotionale Bewegtheit des Vortrages jeden Zuhörer tief ergriffen. Doch indem auch großes Können der Chöre, der Solisten und des Orchesters die musikalische Ausführung prägte und der Dirigent Ronen Rorshevsky alle Mitwirkenden suggestiv führte, war die Wirkung umso stärker. Das war ein denkwürdiger Abend, den

Wendungen aufhorchen. Die Leichtigkeit, mit der Previn die schnellen Sätze des Werkes erklingen ließ, kennzeichnete auch die Wiedergabe von Mendelssohns italienischer Sinfonie mit ihrem beflügelnden Saltarello-Finale. Dazwischen zauberte Previn in Maurice Ravels Ballettmusik „Ma Mère l'Oye“ (Die Mutter als märchenzählende Gans) mit dem Orchester zarteste Klangfarben in den Saal.

Im Konzert des Sinfonieorchesters der Hochschule für Musik und Theater weckten die koreanischen Pianistinnen Soo-Kyung Han mit dem Capriccio brillant und Hwa-Kyung Lee mit dem Klavierkonzert g-Moll von Mendelssohn Begeisterung. Zur technischen Makellosigkeit kommt bei solchen jungen Künstlerinnen aus dem Fernen

Dirigent der Merseburger Hofmusik. In den Gewandhaus-Kammermusiken mit verschiedenen Ensembles dominieren bis in den Dezember die 15 Streichquartette von Dmitri Schostakowitsch. Sie bilden zum musikalischen Makrokosmos der 15 Sinfonien einen ebenso bedeutsamen Mikrokosmos.

An einem Abend des Gewandhaus-Quartetts war aber auch eine Uraufführung zu erleben, die „Konversation 06“ des langjährigen Solobratorschiers Dietmar Hallmann. Dieses 16-minütige Werk zeichnet sich nicht nur durch eine alle Möglichkeiten des Quartettspieles nutzende klangliche Gestaltung aus, sondern zugleich durch gedankenreiches und gefühlsstarkes Musizieren. Da spricht ein großartiger Musiker aus vollem Herzen. Das wurde auch spürbar, als Dietmar Hallmann mit der Pianistin Silke Petersen an einem Dmitri Schostakowitsch gewidmeten Nachmittag der Gewandhausfreunde die Bratschensonate des großen russischen Komponisten interpretierte.

Suchende

Heinrich von Kleist kannte den Begriff „Klassenjustiz“ nicht, und doch hat er die Ohnmacht der Rechtssuchenden vor korrupten Richtern und Helfershelfern, die mit Einschüchterung, Erpressung und Bestechung arbeiten, treffend beschrieben. „Der zerbrochene Krug“ (Uraufführung 1808) gehört zu den wenigen bürgerlichen Lustspielen von klassischem Rang. Der Skandal liegt nicht nur im Vertuschen der eigenen Tat durch Dorfrichter Adam, sondern im Absehen von Strafe durch den Gerichtsrat. Er hat den Dorfrichter lediglich suspendiert. Und Marthe, die auf ihrem zerbrochenen Krug „sitzen geblieben ist“, wird auf das nächste Gericht verwiesen.

Regisseurin Deborah Epstein hat der Versuchung widerstanden, Klamauf zu veranstalten. Sie sezziert Lügen. Die stillen Momente wirken. Weniger Komödie, mehr Tragödie. Berndt Stübner als Dorfrichter Adam schwankt schwitzend zwischen



Der Gerichtsrat und sein Dorfrichter – keine Gerechtigkeit in Sicht. (Stefan Kaminsky, Berndt Stübner; v.l.)

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

bösem Narr und ängstlichem Charmeur. Großartig! Silvia Weiskopf als vom Richter bedrängte Eve enttäuscht. Ihr Spiel: weingespült und lau. Florian Barths Bühnenbild und Ausstattung offenbaren die Liederlichkeit der Justiz und zugleich ihre Enge und Bedrücktheit. Warum jedoch Plastikbeutel auftauchen müssen, bleibt Geheimnis.

Von der Suche nach Gerechtigkeit zur Suche nach den Gleich- und Missklängen unserer Zeit: Die 16. Auflage der *euro-szene* beschreibt „Konsonanzen – Dissonanzen“. Im Rahmen des anerkannten Festivals zeitgenössischen europäischen Theaters konnte das Tanz-Musik-Stück „vsprs“ von Alain Platel (Belgien) bestaunt werden. „vsprs“ meint Vesper und bezieht sich auf Monteverdis „Marienvesper“, die von Fabrizio Cassol bearbeitet worden ist. Eine Mischung aus Barockmusik und Jazz bildet die schützende Hülle für ein Experiment: Behinderte und Ausgegrenzte wollen einen schneeweißen Gipfel, einen Zauberberg, erklimmen. Sie tanzen sich in Ekstase, überspielen ihre verletzten Seelen, hoffen auf Heilung. Eine Gratwanderung zwischen surrealen Angstzuständen und klangumrauschem Appell an die Humanität. So überraschend kann Theater sein!

• D. M.

Dämmerung

FRANZ JOSEF DEGENHARDT wird im kommenden Monat seinen 75. Geburtstag feiern. Inwieweit das von den Medien zur Kenntnis genommen wird, bleibt abzuwarten, denn seine Richtung passt nicht in das oberflächliche „Tralala“-Konzept. Jetzt erschien eine neue CD „Dämmerung“. Er bleibt auf ihr ein Meister zeitgenössischer Balladen. Von Freunden liebevoll „Karratsch“ genannt, steht er mit seinen

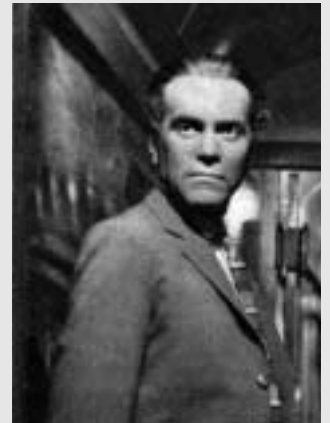
Texten in der Tradition von Brecht-Wedekind-Tucholsky. Mit alltäglicher oder skurriler Thematik hält er uns einen Spiegel vor. Einen, der Politik nicht verzerrt, sondern die Sinne dafür schärft. Zehn Titel hat Franz Josef Degenhardt für sein jüngstes Album geschrieben. Gitarre und Mundharmonika spielt er natürlich selbst. Degenhardt hat im Verlaufe seines bald fünfzigjährigen Schaffens das politische Lied in der Bundesrepublik wie kein anderer befördert und zu einer eigenständigen Kunstform ausgebaut. Dabei haben in

seiner Musik auch Einflüsse vom Jazz über Reggae bis zum HipHop Einzug gehalten. Im Spätherbst wird im Eulenspiegel Verlag das Buch „Franz Josef Degenhardt – Die Lieder“ erscheinen. Erstmals sind in dann auch alle Song-Texte und Noten nachlesbar und nachspielbar. Ein schönes Geschenk zum persönlichen Jubiläum.

Die CD „Franz Josef Degenhardt“ ist bei Koch Universal Music mit der Nr. CD 9878127 erschienen und in guten Phonoshops erhältlich.

• K.-H. W.

Hans-Peter Minetti



Ein Sucher und Erprober starb

Der Weg zum Theater und zum Film schien ihm trotz „Übervater“ Bernhard Minetti keineswegs zwangsläufig vorbestimmt. Journalistik reizte ihn mehr, als er nach 1945 seine Pläne fürs Leben schmiedete. Gespräche mit Menschen führen, und das als Beruf, davon träumte er. Professor Vallentin, der damals das Theaterinstitut in Weimar leitete, überzeugte den 20-Jährigen, dass man auch als Schauspieler in ähnliche Richtungen wirken kann und ebenfalls mit Menschen ins Gespräch kommt.

So wechselte Hans-Peter Minetti von der philosophischen zur künstlerischen Fakultät, ohne allerdings die philosophischen Fragen zu vernachlässigen. Nach Studium folgten extreme Wanderjahre an winzigen Theatern quer durch die DDR. Dann der Durchbruch als „Franz Moor“ in den „Räubern“ am Maxim Gorki Theater. Bald fand Minetti parallel bei der DEFA nicht viele, aber nachhaltige Aufgaben.

Charakterstudien in „Tinko“, „Tatort Berlin“, „Alaskafische“ und nicht zuletzt die Hauptrolle neben seiner Frau Irma Münch in dem spannenden Ost-West-Konflikt „Reserviert für den Tod“ gehören dazu. (Letztere Rolle ist auch als VIDEO erhältlich). Das DDR-Fernsehen gab ihm, an der Seite von Christine Laszar, eine äußerst dankbare Aufgabe als Carl von Ossietzky. Ich vermute, mit heute leider geringen Chancen für eine Wiederaufführung.

• M. Z.

Die Kunst soll die Menschen erfreuen, immer da sein, wo sie gerufen wird, aber sich nicht wie die Schnecke furchtsam oder gar vornehm in ihr Haus zurückziehen.

Fontane

Er war einer der 5000 deutschen Interbrigadisten, der bis zur letzten Stunde in Spanien kämpfte – der Kommunist und Schriftsteller Ludwig Renn, dessen Roman *Krieg* (1928) ein Welterfolg war. Vom Oktober 1936 bis zum Februar 1939 nahm der einstige Offizier der kaiserlichen Armee als Kommandeur des Thälmann-Bataillons, als Stabschef der XI. Internationalen Brigade und in anderen Funktionen am spanischen Krieg teil. Über diese dramatischen Jahre schrieb Renn nach der Rückkehr aus der mexikanischen Emigration, die den spanischen Jahren folgte, einen dokumentarischen Bericht, der in seiner ursprünglichen Fassung erst jetzt, nach 50 Jahren zum Leser gelangt.

Zu verdanken ist das dem Verlag Das Neue Berlin, der sich seit einigen Jahren um das Werk Renns bemüht. Nach *Krieg*, *Nachkrieg* und *Adel im Untergang* folgte nun *Der spanische Krieg*. Wohl erschien bereits 1955 im Aufbau-Verlag unter dem Titel *Im spanischen Krieg* eine stark gekürzte Ausgabe. So blieben beispielsweise in ihr von den 40 Seiten, auf denen Renn über seine Reise im Auftrag der spanischen Regierung in die USA, nach Kanada und Kuba berichtet, nur wenige inhaltlose Zeilen. Gestrichen wurden des weiteren in der 1955er-Fassung fast alle Namen der von Renn

„Oft hat mich beim Schreiben der Schmerz überwältigt“

Ludwig Renns Spanienreport erstmals in ungekürzter Fassung

erwähnten Mitkämpfer. Der Herausgeber, Günther Drommer, geht in seinem Vorwort ausführlich auf die Gründe für diese Streichungen und Änderungen ein.

Der Spanische Krieg ist weder eine geschichtswissenschaftliche Analyse noch ein Roman. Es ist ein emotional behafteter, zugleich sachlicher Bericht, verfasst aus der Perspektive des aktiv Beteiligten. Anschaulich schildert Ludwig Renn die schweren Kämpfe und großen Schlachten, an der das legendäre Thälmann-Bataillon und die XI. Internationale Brigade beteiligt waren: Namen wie Madrid, Palacete Las Roszas, Brunete, Jarama, Guadalajara stehen dafür. Dem Leser wird hier kein literarisches Heldenepos der Interbrigadisten und ihrer spanischen Kampfgefährten geboten, sondern eine gnadenlos realistische Schilderung ihres Kampfes, ihrer Siege und ihrer Niederlagen. Geschildert werden die Schwierigkeiten und Hindernisse, die beim Einsatz der Interbrigaden zu überwinden waren, hatten



doch die Mehrzahl der Kämpfer einschließlich der Offiziere keine militärischen Erfahrungen, ja vielfach nicht einmal eine entsprechende Ausbildung. Oft konnten sie sich sprachlich nicht verständigen, waren die Kommandostrukturen nicht eindeutig geregelt, gab es militärisch unsinnige Befehle. Auch das widersprüchliche Verhalten anarchistischer Antifaschisten in den Gefechten, Verrat in den eigenen Reihen, die Tätigkeit sowjetischer Berater oder das Wirken

des Geheimdienstes – nichts bleibt bei Renn unerwähnt. Es ist dies ein Buch, das man mit großer Anteilnahme, ja oft atemlos liest. Etwa jene Episode, in der Ludwig Renn die Erschießung eines holländischen Interbrigadisten wegen Flucht von der Front schildert, oder jenes Kapitel, in dem er von den dramatischen letzten Wochen der Interbrigaden im Winter 1938/39 berichtet.

Wünschenswert wäre, wenn weiteren Auflagen eine Karte beigegefügt würde, die es dem Leser ermöglicht, den Verlauf des spanischen Freiheitskampfes auch grafisch nachzuvollziehen. Biografische Angaben zu namentlich genannten Mitkämpfern wie Hans Kahle, Richard Staimer, Hans Beimler, die Generale Lister, Walter, Gomez, Lukácz, Kléber, sowie die Erklärung einiger spanischer Begriffe, sollten ebenfalls nicht fehlen. Ungeachtet dieser Lücken hat der Verlag mit der Edition der Urfassung von Ludwig Renns Spanienbericht auf dem Buchmarkt den wahrscheinlich wesentlichsten Beitrag zur Erinnerung an den Kampf um Spaniens Freiheit, der vor 70 Jahren begann, geleistet.

• EDMUND SCHULZ

Ludwig Renn: Der Spanische Krieg. Dokumentarischer Bericht. Erstveröffentlichung nach dem ursprünglichen Manuskript. Das Neue Berlin, Berlin 2006. 511 S., 29,90 Euro.

„Deines Blickes wegen bin ich wirklich geworden“

Den schärfsten Einwand gleich vorweg: Auf den berühmten roten Faden ist hier keinerlei Verlass, denn der wird mit geradezu entwaffnender Zerstretheit ignoriert.

Die junge Autorin begibt sich mit einer zwanglosen Leichtigkeit in ihre Erzählung hinein, die schon deshalb von der ersten Seite an verblüfft und gefangen nimmt, weil sie zugleich eine Fülle von Farben, Stimmungen, Erinnerungen und Gedanken aufbietet. So beginnt der Roman mit einer wunderbar dichten Reminiszenz an ein Kinderspiel und die Eltern des Ich-Erzählers.

„Deines Blickes wegen bin ich wirklich geworden.“, heißt es an späterer Stelle. Tatsächlich lässt sich nicht immer sagen, ob die Erlebnisse des Helden nun eher irdischer Natur sind oder doch mehr zum reinen Figuren- und Gedankenspiel tendieren.

Der Turm funktioniert in Danz' Roman als Allegorie. Das Schicksal der Familie Facher ist im Bild der Turmhüter, der „Türmer“ fixiert. Und mehr als das: Das Ineinandergreifen von vier Generationen, fast ein Jahrhundert Familiengeschichte und die Lösung eines privaten Knotens von Gewalt und Demütigung bekommt in der Figur des Türmers ihre gültige Chiffre.

Der Rest dieser kurzen Erzählung dient der Erhellung des Lebenstraumas des Ich-Erzählers, das – narrativ keineswegs zufällig – mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges endet und uns, klassischer Romanstringenz völlig ungeachtet, zur nächsten Erzählung führt. Mit so viel Unvoreingenommenheit sind Schauplätze selten miteinander synchronisiert worden. Wir sind es gewohnt, beim Lüften von Geheimnissen, bei der Zurschaustellung des Unbewussten in uns oder in anderen auf komplexe Muster aus Ambivalentem, Fremdem, Unausgesprochenem, auf rätselhafte Leerstellen zu stoßen. Bei Daniela Danz erwarten uns hingegen stilisierte Traumbilder, in denen menschliches Schicksal inszeniert wird. Die schöne Unangestrengtheit, mit der sie dieses Schicksal inszeniert, verleiht ihrem Stil Grazie und Eleganz.

• SYLVIA WOHLFELD

Daniela Danz: Türmer. Wallstein Verlag, Göttingen 2006. 154 S., 16 Euro

SPOTLESS + SPOTLESS + SPOTLESS

Herrmann O. Lauterbach: DER ZEITPLAN
EIN DIENSTAG IM AUGUST

Der Taschenbuchverlag, der nach 1990 als erster „ungeliebte“ Schriftsteller druckte, komplettiert jetzt seine Autorenliste mit Herrmann O. Lauterbach, der zwei Kurzgeschichten hervorbrachte, die aufgrund irgendwelcher widriger Umstände nie erschienen waren. An der Schwelle zum neuen Lebensjahrzehnt präsentiert er sie und man konstatiert: Es wurde höchste Zeit.

Wie immer: 5,10 Euro

Der kürzeste Weg:

Bestellen Telefon/Fax 030 24009401 oder bei SPOTLESS
Postfach 28830 – 10131 Berlin

Annotiert:

Hilfreiche Chronik

Der soeben erschienene Band 4 der Chronik der deutschen Sozialdemokratie umfasst die Zeit vom 1. Oktober 1982 bis 15. Juni 1987. In diesem Zeitraum fanden fünf Parteitage der SPD und zwei Kongresse der Sozialistischen Internationale statt.

Trotz der Fülle der vorhandenen Publikationen gibt es vor allem bei den Untergliederungen der Partei empfindliche Materiallücken, so dass einige Konferenzen, Tagungen, Beschlüsse und Personalien nicht in den Text aufgenommen

werden konnten.

Der Anhang enthält eine Übersicht über die Kongresse, Konferenzen, Tagungen, über die Ergebnisse der Wahlen zum 10. und 11. Deutschen Bundestag sowie der Landtags-, Bürgerschafts- und Abgeordnetenhauswahlen. Vermisst wird eine Übersicht über die Mitgliederentwicklung.

• K. SCH.

Franz Osterroth/Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe. Band 4: 1982 bis 1987, neu bearbeitete und ergänzte Auflage. Verlag J.H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006. 557 S., 24,80 Euro

In immer erneutem Anlauf bewegt Günter Kunert die Frage, warum er seit seinem 17. Lebensjahr diese „abstruse Tätigkeit“ ausübt: zu schreiben. Die Antworten fallen gelegentlich provozierend aus: „Ich konnte nichts anderes, ... und ich wollte auch gar nichts anderes können.“ Seit dreißig Jahren komme auch ich deshalb in den Genuss, G. K. beim „Kramen in Fächern“ zu beobachten, seine „Geheime Bibliothek“ zu studieren, auf „anderen Planeten“ zu landen oder den „Mittelpunkt der Erde“ zu suchen.

Jetzt beobachtet er sich selbstironisch als alter Mann, der mit seiner Seele spricht. Wir beide sind 30 Jahre älter geworden. Und obwohl ich sein Alter noch längst nicht erreicht habe, ist er mir mit seiner Lebensbilanz sehr nah. Wie er vor dem Spiegel steht, wie er eine Postwurfsendung liest, wie er sich

Todesnähe

Günter Kunert im Schwebezustand



der Vergangenheit zuwendet, wie er telefoniert, wie er den Friedhof durchwandert, wie er vergisst.

Wie dringen die Zumutungen der Gegenwart ins gelebte Leben ein. Kann man es – wenigstens ab und an – verhindern? Es gelingt ihm mit seinen Miniaturen erneut, und ich habe es auch nicht anders erwartet, den Leser beim „Zu-sich-selberfinden“ zu helfen.

G. K. hat auch in diesem Buch wieder gezeichnet und skizziert. Hintergründig, ironisch, bilanzierend, wissend. Er umschreibt (s)einen Lebensabend in der Nähe zum Tod, aber das deprimiert überhaupt nicht.

• MICHAEL ZOCK

Günter Kunert: Der alte Mann spricht mit seiner Seele. Wallstein Verlag, Göttingen 2006. 105 S., 18 Euro

KALENDERBLATT

Vor 120 Jahren geboren

Georg Schumann



Georg Schumann wurde vor 120 Jahren, am 28. November 1886, in Reudnitz (bei Leipzig) geboren. Er war Mitglied der SPD und ab April 1914 Lokalredakteur der LVZ. Als Mitglied der Leipziger Linken leistete er revolutionäre Antikriegsarbeit. Im Januar 1919 war er Mitbegründer der Ortsgruppe Leipzig der KPD. Im Reichstag, dem er seit 1928 angehörte, war er einer der führenden Sozialpolitiker der KPD. Mitte Juni 1933 wurde er von den Faschisten verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. 1936 wurde er aus dem Zuchthaus Waldheim in das KZ Sachsenburg und im Sommer 1937 in das KZ Sachsenhausen überführt. Nach seiner Entlassung im Juni 1939 setzte er seine antifaschistische Widerstandsarbeit fort. Es gelang ihm, die illegale Parteiorganisation der KPD zu festigen und eine der größten Widerstandsorganisationen der KPD in Deutschland zu schaffen, die Hitlergegner verschiedener Weltanschauung und sozialer Stellung vereinigte. Am 19. Juli 1944 wurde Georg Schumann verhaftet und am 21. November 1944 zum Tode verurteilt. Am 11. Januar 1945 wurde er von den Faschisten in Dresden ermordet.

Vor 100 Jahren geboren

Herbert Bochow



Vor 100 Jahren, am 20. November 1906, wurde Herbert Bochow in Eberstadt/Hessen geboren. Er studierte in Leipzig Philosophie und stellte seine künstlerische Begabung in den Dienst der Arbeiterbewegung. Er schrieb Gedichte, Novellen und Theaterstücke, eine Kantate über das Kommunistische Manifest, Szenen für die Leipziger Agitpropgruppen der KPD. Fast alle seine Texte wurden später von der Gestapo vernichtet. Er wurde von den Faschisten mehrfach inhaftiert und schließlich im März 1942 wegen seiner Widerstandsarbeit gegen das Naziregime – die er in Dresden, Leipzig und Berlin unter parteilosen Angehörigen der Intelligenz, Pianisten, Sängern und Tänzern leistete – zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1942 hingerichtet.

• K. SCHN.

Am 25. November 1936 unterzeichneten als Vertreter Deutschlands und Japans Joachim von Ribbentrop und Visconte Kintomo Mushakoji in Berlin ein „Abkommen zur Bekämpfung der Kommunistischen Internationale“ (Antikominternpakt). „In der Erkenntnis, dass das Ziel der Kommunistischen Internationale, Komintern genannt, die Zersetzung und Vergewaltigung der bestehenden Staaten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist, in der Überzeugung, dass die Duldung einer Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Verhältnisse der Nationen nicht nur deren inneren Frieden und soziales Wohlbefinden gefährdet, sondern auch den Weltfrieden überhaupt bedroht“, sah das Abkommen vor, dass sich die vertragschließenden Staaten über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale (KI) unterrichten, über Abwehrmaßnahmen beraten und diese gemeinsam durchführen sollten. Dritte Staaten sollten eingeladen werden, an den Abwehrmaßnahmen oder dem Vertrag selbst teilzunehmen. Ein Zusatzprotokoll verpflichtete die Vertragspartner, den Nachrichtenaustausch über die Tätigkeit der KI sowie die Abwehrmaßnahmen in enger Zusammenarbeit zu führen und strenge Maßnahmen zu ergreifen gegen diejenigen, die sich in den Vertragsländern oder im Ausland direkt oder indirekt im Dienste der KI betätigten. Eine ständige Kommission für den Kampf gegen die Komintern wurde gebildet. Vereinbart wurde eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren.

Aus welcher internationalen Situation erwuchs der Antikominternpakt?

Die Initiative dazu ging 1935 von der japanischen Seite aus. Das Land befand sich bereits seit 1931 auf dem asiatischen Festland, in China, im Kriegszustand. Die japanische Heeresleitung wollte die gewonnene Position in der Mandschurei sichern – dort war der Marionettenstaat Mandschukuo installiert worden – und

Vor 70 Jahren: Antikominternpakt

Markanter Schritt zum Zweiten Weltkrieg

strebe innerjapanische Veränderungen nach faschistischem Muster an. Im Sommer 1935 wurden Verhandlungen aufgenommen, die deutscherseits bezeichnenderweise nicht von professionellen Diplomaten des Reichsaußenministeriums geführt wurden, sondern vom damaligen „Büro Ribbentrop“, einer an die NSDAP gebundenen Konkurrenzorganisation. Hitler billigte Ende November 1935 den Vertragsentwurf, der bei seinem Abschluss im Folgejahr durch geheime Zusatzvereinbarungen eine eindeutige antisowjetische Stoßrichtung erhielt. Eine Allianz gegen die Sowjetunion entsprach voll den Vorstellungen Hitlers und der japanischen Armeeführung. Durch den von Ribbentrop betriebenen Beitritt Italiens am 6. November 1937 erhielt der Pakt dann noch zusätzlich eine antibritische Stoßrichtung. Ribbentrop war dann von 1936 bis 1938 Botschafter Hitlers in London. Zentrale Ereignisse, die Deutschland zur Zeit des Vertragsabschlusses prägend betrafen, waren u. a. die Austragung der XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin (1936) – propagandistisch in höchstem Grade durch das Hitlerregime genutzt –, die aktive Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg in Gestalt der berichtigten Legion Condor als Experimentierfeld für den geplanten großen Luftkrieg, das Zusammenzimmern der Achse Berlin-Rom – ein am 1. November 1936 erstmals von Mussolini in Mailand geprägter Begriff – sowie zuvor am 18. Oktober 1936 die Beauftragung Hermann Görings als Bevollmächtigten für einen Vierjahresplan. Dass 1936 von der Nazifüh-

rung die Weichen auf Krieg gestellt wurden, machte Göring in einer Rede im Dezember 1936 unmissverständlich deutlich: „Die Auseinandersetzung, der wir entgegengehen, verlangt ein riesiges Ausmaß von Leistungsfähigkeit. Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen ... Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden ... Wir spielen jetzt um den höchsten Einsatz. Was würde sich wohl mehr lohnen als Aufträge für die Rüstungsindustrie?“

Als Beauftragter für den Vierjahresplan hatte Göring zu sichern, dass das Deutsche Reich in der Rohstoffversorgung vom Ausland unabhängig wurde, und die Aufrüstung mit allen Mitteln voranzutreiben, um die deutsche Wehrmacht bis 1940 „einsatzfähig“ zu machen.

Welche Rolle kam nun dem Antikominternpakt zu?

Das nazistische Deutschland und das militaristische Japan knüpften mit diesem Pakt das internationale politische Netz für die beabsichtigte „Neuordnung“ Europas und Ostasiens. Als erster Juniorpartner kam das faschistische Italien 1937 dazu, dessen Duce davon träumte, den Mittelmeerraum und den afrikanischen Kontinent beherrschen zu können. Mit der schon im Namen des Paktes festgelegten Stoßrichtung gegen die Kommunistische Internationale und die UdSSR sollte der Eindruck erweckt werden, als wende man sich nur gegen die Sowjetunion. Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs ließen sich durchaus davon täuschen, gipfelnd im Abschluss der Münchner Abkommens von 1938, durch das die Nazi-Aggressionsgelüste ausschließlich nach Osten

gelenkt werden sollten.

In Wirklichkeit richtete sich der Antikominternpakt auch gegen alle demokratischen Kräfte in der Welt, einschließlich der Westmächte. So wurden auch sie Zielscheibe der aggressiven Staaten. Japan wandte sich nahezu ausschließlich gegen Großbritannien und die USA.

Was die Zugehörigkeit zum Antikominternpakt anbelangt, so traten ihm Ungarn, Mandschukuo und Spanien 1939 bei. Am 23. November 1941 wurde der Vertrag um fünf Jahre verlängert. Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich Bulgarien, Dänemark, Finnland, Kroatien, Rumänien, die Slowakei und Nanking-China dem Pakt an. Nicht nur am Rande sei noch angemerkt: Mit der Vertragstreue nahmen es die imperialistischen Regierungen Deutschlands und Japans nicht gerade genau. Die galt nur, wenn sie ins politische Kalkül passte. Am 23. August 1939 unterzeichnete in Moskau Reichsaußenminister von Ribbentrop den so genannten Hitler-Stalin-Pakt, ohne die japanische Seite konsultiert oder informiert zu haben. Dafür revanßierte sich die japanische Vertragsseite, indem Außenminister Matsuoka nach einem Besuch in Berlin auf dem Rückweg in Moskau am 11. April 1941 einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR unterzeichnete und Japan von sich aus später keine Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion führte.

Für die Folgen des Antikominternpaktes haben die Völker im Zweiten Weltkrieg und danach teuer bezahlt. Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition beförderte ihn auf den Müllhaufen der Geschichte.

• WINFRIED STEFFEN

Die Erinnerung Kurt Schneiders (LN 22'06) an die erste DDR-Verfassung von 1949 ist verdienstvoll und aktuell. Denn sie war für ganz Deutschland gedacht und enthielt bereits jenen Menschenrechtskatalog, der später in den UN-Konventionen Völkerrecht wurde. 1968 wurde sie der veränderten Situation angepasst und nach monatelanger Diskussion in verbesserter Fassung durch die Mehrheit der Bürger in einem Volksentscheid angenommen. 1989/90 trat eine Situation ein, die für das Grundgesetz der BRD und die Verfassung der DDR komplizierte juristische Fragen aufwarf (vom Völkerrecht ganz zu schweigen, das den Tod eines Staates nicht vorsieht).

Nach der Verfassung der DDR waren (wie in jedem Staat) Angriffe auf die Souveränität und territoriale Integrität Hochverrat.

Deutschlands Souverän ohne legitimierte Verfassung

Das (provisorische) Grundgesetz sah nach Artikel 146 im Falle der „Wiedervereinigung“ deshalb die Mitsprache des Souveräns vor: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Während die meisten Abgeordneten hüben wie drüben bindende Rechtsbestimmungen verletzten (in der Volkskammer stimmten am 20. 9. 1990 78,6 % der Abgeordneten

dem „Einigungsvertrag“ zu, im Bundestag 89,8%), kämpften nur wenige, darunter Wolfgang Ullmann, für eine neue Verfassung, die die Pflicht zum Frieden und zur Abrüstung, den Umweltschutz, die sozialen Grundrechte usw. zum Inhalt haben müsste. Im Jahre 2006 haben wir die groteske Situation, dass immer noch das provisorische Grundgesetz von 1949 (mit Änderungen) gültig ist, das die Besatzungsmächte „genehmigt“ haben. Aus dieser „Rechtslage“ folgte, dass nicht wenige DDR-Bürger „rechtens“ vieles verloren, auf juristischem Gebiet alles, was es in der DDR-Verfassung an Fortschrittlichem und Menschenfreundlichem gab.

Ferdinand Lassalle nannte Verfassungsfragen Machtfragen. Für die Bourgeoisie ist das sichtbar auch so.

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN



Von
**KLAUS
HUHN**

LEIPZIGS NEUE hätte triftige Gründe, mir zu kündigen. Ein Grund wäre: Wir erwarten Sportkommentare von dir und nicht endlose Horrorstories über Doping, „IM“ oder Keilereien in Stadien! Und: Recht hätte die Redaktion mit ihrer Kritik – nur: Die Zeiten, da man mit Begeisterung über liebenswerten Sport schrieb, scheinen endgültig vorüber. Ist das meine Schuld? Alle jagen dem Geld hinterher, und zwar nicht nur die Stars oder die vor der Kündigung bangenden Trainer.

Der Handwerker, der unlängst mein Bad flieste, trainiert in seinen freien Stunden eine C-Jugend-Fußballmannschaft und dafür bewundere ich ihn. Denn: Von den sechzehn Fussballsteppkes, mit denen er jedes Wochenende loszieht, haben die Eltern von mindestens sieben oft nicht das Geld, um ein paar neue Fußballschuhe zu bezahlen, und selbst Mühe, das Fahrgehalt zum nächsten Auswärtsspiel aufzubringen. Zwar findet er jedesmal Eltern, die sich noch ein Auto leisten können und die Truppe dann vor Ort karren, aber wenn einmal ein Autobesitzer eine Dienstreise zu erledigen hat, beginnen die Probleme. Wie würde es um den Sport hierzulande bestellt sein, wenn es nicht Tausende von solchen Sportverrückten gäbe, die dafür sorgen, dass Hunderttausende junger Menschen vor Langeweile und den daraus resultierenden Gefahren an der nächsten Straßenecke bewahrt werden? Welche Fernsehstation raffte sich je auf, solchen Unermüdeten jedes Wochenende wenigstens fünf Sendeminuten zu opfern? Die Quoten wären gesichert. Genug absurde Fragen gestellt, zurück zu den ewigen Schlagzeilen!

Jan Ullrich, Sieger der Tour de France 1997, ist angeblich in einen Dopingskandal verwickelt und derzeit ohne Lizenz. (Das kann sich geändert haben, wenn diese LN-Ausgabe erscheint ...) Die Medien präsentieren jeden Tag neue Schauergeschichten über Plastikbeutel, die angeblich mit Ullrich-Blut gefüllt in einem Kühlschrank in Madrid gefunden wurden. Malen Sie sich das mal aus: Sie öffnen einen Kühlschrank und ein Beutel voller Blut fällt Ihnen entgegen.

Aufschrift: Jan Ullrich. Tatort-Autoren ans Werk! Aber ich denke nicht daran, mich in den Jan-Ullrich-Blut-Streit zu mischen und die Fragen zu „untersuchen“: Hat er? Hat er nicht? Ich weiß, dass der Junge aus Rostock Multimillionär ist, gönne es ihm und staune höchstens darüber, mit welchem Eifer er darum kämpft, nächstes Jahr wieder bei der Tour de France starten zu dürfen. Ich meine mal: Nötig hätte er es nicht! Weil mich die Sache aber doch ein wenig interessierte, bin ich durch das Internet „gesurft“ und habe mir dabei eine spanische Bescheinigung herausgesucht, die auf deutsch folgendermaßen lautet: Briefkopf – „Herr Manuel Sanchez Martin, Sekretär des Untersuchungsgerichts Nummer einunddreißig der Madrider Gericht-

Sportkolumne Sportjournalismus heute

te“; Text – „Ich bescheinige, dass in diesem Untersuchungsgericht Nummer 31 von Madrid das Vorverfahren 4293/06-H betrieben wird und dass in diesem Jan Ullrich

weder als Beschuldigter in Erscheinung tritt noch bis zum heutigen Datum irgendwelche Maßnahmen gegen ihn eingeleitet worden sind. Zur Urkunde dessen und zur Vorlage bei der U.C.I. stelle ich dieses [Bescheinigung] aus in Madrid, am vierten Oktober zweitausendsechs. Geschäftsstelle des Untersuchungsgerichts Nr. 31, Madrid.“ (Unterschrift unleserlich, ovaler Siegelabdruck mit etwa fünf Zentimeter Durchmesser.)

Mitgeteilt war der Öffentlichkeit geworden, dass Jan Ullrich – der in die Schweiz verzogen war, wo man dem Hörensagen nach weniger Steuern bezahlt – angeklagt und wegen Dopingvergehens bestraft werden soll. Was soll der Richter zu dieser Bescheinigung aus Madrid sagen? Ich weiß es nicht und im Gegensatz zu anderen weisen Medien mischt sich LN da auch nicht ein.

Ich bin mein Leben lang Sportjournalist gewesen, war 17 Jahre im Vorstand der Europäischen Sportjournalistenunion – davon vier Jahre ihr gewählter Generalsekretär – und erlaube mir festzustellen, dass dieser Stil von Sportjournalismus, wie er im Fall Ullrich jetzt praktiziert wird, unseriös ist. Wird jemand des Dopings überführt, sollte man den offiziellen Dopingbefund mitteilen, aber diese Ullrich-Story begann drei

Tage vor dem Start zur Tour de France, die bekanntlich Anfang Juli gestartet wird. Jetzt werden die ersten Weihnachtsplätzchen gebacken und das Thema wird immer wieder aufgebracht.

Oder Ingo Steuer! Über den las ich die Nachricht, dass ein Chemnitzer Gericht entschieden hatte, er dürfe sein Eiskunstlaufpaar in Peking betreuen, obwohl die Sportoberen und sogar der Bundesinnenminister nachdrücklich dagegen gewesen seien. Ein Chemnitzer Journalist hatte Steuer aufgesucht und eine lange Geschichte im *Tagesspiegel* (9. 11. 2006) über den Besuch geschrieben. So erfuhr ich, dass er derzeit ohne Einnahmen ist und sich einen anderen Job suchen würde, wenn das von ihm betreute Paar auf ihn verzichten würde. „Wenn sie mich nicht mehr wollen, bin ich sofort weg.“ Aber Robin Szolkowy und Aljona Sawtschenko halten zu ihm. Aljona: „Weglaufen ist leicht. Aber man muss kämpfen!“ Das ist ein Hauch von dem, was man früher als „Sportsgeist“ deklarierte, und deshalb schrieb ich darüber!

Steuer soll als „IM“ jemanden denunziert haben. Das war solange nicht moniert worden, wie er im Kunstlauftrikot Medaillen und Titel für Deutschland holte. Aber seitdem die Birthler-Behörde um ihre Existenz kämpft, soll am Beispiel „Steuer“ bewiesen werden, wie nützlich diese Instanz ist. Und der Schreiber des *Tagesspiegel*-Artikels müht sich ebenfalls dazu beizutragen. Steuer behaupte, von den Vorwürfen nichts zu wissen, der Autor aber hat einen „Kronzeugen“: „Helmut Müller-Enbergs sieht das anders. ... Müller-Enbergs ist in der Birthler-Behörde seit Jahren IM-Forscher.“

Na denn. Da melde ich mich mal zu Wort, denn den Mann kenne ich ein wenig. Er ist einer von den aus dem Westen „Zugezogenen“, die uns seit Jahren mitteilen, wie wir gelebt haben. Er bat mich mal um ein Gespräch über Rudolf Herrnstadt, weil sich herumgesprochen hatte, dass ich einigen persönlichen Ärger mit dem hatte und der „IM-Forscher“ ein Buch über den schreiben wollte. Ich hatte das Gefühl, er wusste genau, was er schreiben wollte, und ich sollte ihm nur die passenden Details liefern. Wollte ich aber nicht. Da verlor er sein Interesse an mir. Betrachten wir die Angelegenheit mal genau: Ich erschien uninteressant, weil ich Herrnstadt nicht denunzierte!

Nun erklärt er mir, wie man den „Fall Steuer“ bewerten muss.

In solchen Situationen sagt der Berliner gern: „Nachts ist kälter als draußen...“

Schon damals, während des Bundestagswahlkampfes 2005, wunderten sich Hamburger, wie Johannes Kahrs, SPD, seine Großplakate finanzierte. Das *Hamburg Journal* des NDR-Fernsehens brachte es nun ans Licht. Der im Wahlkreis Hamburg-Mitte direkt gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete erhielt rund 60 000 Euro an Spenden von vier bundesdeutschen Rüstungsfirmen, von Kraus-Maffei, Rheinmetall, der Bremer Lührsen-Werft und dem Thyssen-Krupp-System. Um die Herkunft der Spender zu verschleiern, wurden die Beträge in kleinen Stückelungen auf das Wahlkampfkonto überwiesen.

Auf seiner Homepage teilt Johannes Kahrs mit, dass er 1963 in Bremen geboren wurde und evangelisch-lutherisch vom Glaubensbekenntnis ist. Nach seinem Abitur studierte er Jura, war zwei Jahre Zeitsoldat und ist heute Major der Reserve. Auch seine Mitgliedschaften listet er auf: ver.di, AWO, Wingolfsbund, Deutsche Hilfsgemeinschaft, SC Hamm 02, HT 16, Pfadfinderschaft Nordmark, Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V., Mitglied im FC St. Pauli,

SPD-Abgeordneter ließ sich Wahlkampf von Rüstungsfirmen sponsern

Wieder einer erwischt – folgenlos ...

Vorwärts Wacker, Bürgerverein zu St. Georg von 1880, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Europa Union, Rechtshilfe Polizei e. V., Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Zur Zeit hat er in der SPD die Funktion eines Kreisvorsitzenden in Hamburg-Mitte. Bevor er 1998 in den Bundestag einzog, war Kahrs von 1992 bis 1998 als Mitglied der Bezirksversammlung – Hamburgs kommunales Parlament – im Bezirk Hamburg-Mitte tätig.

Aber wer und was ist der Wingolfsbund, dessen Mitglied MdB Johannes Kahrs auch ist? Bei einer Recherche im Internet wird man fündig: Der Wingolfsbund ist der Name für eine Studentenverbindung aus dem 18. Jahrhundert. Ihre Mitglieder treten bei Veranstaltungen in Wicks auf, aber es werden keine Pflichtmensuren auf dem Paukboden geschlagen, so wie noch immer bei zahlreichen Studen-

tenverbindungen heute üblich. 1991 nahm der Wingolfsbund die Tradition der Wartburgfeste in Eisenach wieder auf. Derzeit bestehen in der Republik 36 regionale Bünde der konservativen Studentenvereinigungen. Auch in Leipzig existiert ein Ableger des Wingolfsbundes.

Bundesweit bekannt wurde Johannes Kahrs als einer der drei Sprecher des Seeheimer Kreises. In dem Papier der SPD-Gruppe heißt es: „Auch wenn die Presse von den Seeheimern gern als dem ‚rechten Flügel‘ der SPD schreibt: Die Seeheimer sind alles andere als strukturkonservativ“, und weiter „... was früher sozial gerecht war, läßt sich heute nicht mehr bezahlen. Globalisierung, Arbeitslosigkeit und eine immer älter werdende Gesellschaft bestimmen unsere Lebenswirklichkeit in Deutschland. Sich dogmatisch an sozialdemokratische Traditionen zu klammern, hilft bei der Lösung der wirt-

schäftlichen und sozialen Probleme nicht weiter, das haben die Seeheimer schon früh erkannt. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder zu einem Synonym für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu machen, müssen neue Wege beschritten werden.“

Mit Hartz IV und weiterem Sozialklaus.

Die Rüstungsfirmen gaben ihre 60 000 Euro gewiss nicht als eine humane Spende an Johannes Kahrs. Der MdB sitzt als ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und ist stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Diese Ausschüsse sind es, die die Steuergelder für Rüstungsaufträge verteilen.

In seiner Auflistung aller Verbände hat Johannes Kahrs einen vergessen. Der Mann ist Präsidiumsmitglied im Freundeskreis Deutsches Heer e.V. Johannes Kahrs auf seine Funktionen im Bundestag angesprochen, sieht keine Kollision von Interessen. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

• KARL-H. WALLOCH

Zu LN 21 '06

Brücke zur Gegenwart

Eigentlich könnte Leipzigs Neue den Titel *Brücke* tragen. 1930 in Leipzig geboren, zog es mich 1949 nach Döbeln. Aller 14 Tage kommt nun Leipzigs Neue ins Haus und weckt nicht nur Erinnerungen. Den lesenswerten Inhalt über Politik, Kultur und Geschichte nehme ich mit großem Interesse auf. Ich sammle jahrgangsweise die Zeitung und schlage öfter nach in der Absicht, die Wahrheit zu den aktuellen Tagesfragen zu erfahren. Andere Medien erfüllen diesen Anspruch sehr zweifelhaft. Und oft werde ich, was zum Beispiel Informationen über die DDR betrifft, enttäuscht. In diesem Zusammenhang stimme ich mit dem Beitrag von Egon Krenz „Gedanken zum 7. Oktober“ überein. Äußerst interessant und lehrreich war für mich auch jüngst der grundsätzliche Artikel von Kurt Schneider „Vom demokratischen Protest zur mörderischen Konterrevolution“ (LN 21'06). Solche Beiträge rütteln wach und machen Leipzigs Neue so wertvoll. Den Herausgebern und Autoren ein herzliches Dankeschön, weiß ich doch, dass sie alle die verantwortungsvolle redaktionelle Tätigkeit ehrenamtlich ausüben.

HEINZ SCHAUER, DÖBELN

Zu LN 21 '06

Pflichtlektüre für Linkspolitiker

Wieder herzlichen Dank für eure letzte Ausgabe. Ich gebe mein Exemplar immer sofort weiter. Dafür gibt es wirklich Interessenten. Doch diesmal schlage ich außerdem vor, dass jedes Mitglied des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion der Linkspartei ein Exemplar dieser Ausgabe (LN 21 '06) zugesandt bekommt. Ich befürchte, viele dieser Genossen lesen sonst solche klaren Inhalte nicht, ich denke da in erster Linie

an das Interview mit Hans Modrow und an die Gedanken von Egon Krenz zum 7. Oktober. Da wird vielen aus dem Herzen gesprochen. Es ist doch nicht zu leugnen, dass unser Sozialismusversuch – bei allen Fehlern und Mängeln, über die 16 Jahre lang genug geredet wurde – vieles in der Welt Anerkanntes gebracht hat. Die Linkspartei-Politiker sollten viel offensiver die jetzige Politik anprangern. Die PDS war als Antikriegspartei und als antikapitalistische Partei schon viel besser. Und die Menschen honorierten das.

HEINZ LIER,
LEIPZIG

Zu LN 18 '06: „Utopien sind keine Illusionen“

Wissenschaftlich analysieren

Man kann dem Rezensenten nur zustimmen, wenn er von der Notwendigkeit einer durchaus kritischen und dennoch produktiven Analyse des realen Sozialismus spricht. Marx, Engels, Lenin und andere Theoretiker und Politiker der internationalen Arbeiterbewegung haben uns Grundlagen einer wissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse hinterlassen, die wir entgegen dem Zeitgeist mutiger als bisher nutzen und weiterentwickeln sollten. Das betrifft die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Kapitalismus ebenso wie die kritische Analyse des in Europa gescheiterten Sozialismusversuchs. Es ist an der Zeit, über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts wissenschaftlich fundiert nachzudenken und seine Ansätze in der gesellschaftlichen Praxis einiger Länder Lateinamerikas aufmerksam zu studieren und solidarisch zu begleiten.

In der Programmatik der entstehenden Linkspartei müssen grundlegende Aussagen zum Charakter und zum Inhalt des demokratischen Sozialismus als gesellschaftliche Alternative ihren Platz finden.

GÜNTER HARTMANN,
NEUBRANDENBURG

Die fünf „Weisen“

Es gibt in Deutschland eine fünfköpfige Gruppe, die als Weise, als Wirtschaftsweise bezeichnet werden. Wie „klug“ diese Leute sind, haben sie erst kürzlich wieder deutlich demonstriert. Um die Arbeitslosigkeit zu senken, schlagen sie vor, die Grundsicherung beim ALG II von jetzt 345 auf 240 Euro zu senken. Damit soll der Anreiz, eine Arbeit anzunehmen, erhöht werden. Wo leben diese Spinner eigentlich? Erstens sind einfach nicht genug Arbeitsplätze vorhanden. In Leipzig kann man sich schon freuen, wenn man einen idiotischen Ein-Euro-Job bekommt.

Zweitens reichen die 345 Euro nicht zu einem menschenwürdigen Leben und 240 garantiert schon gar nicht.

Die Entwicklung vom Affen zum Menschen hat sechs Millionen Jahre gedauert. Sechs Millionen Jahre! Und dann kommen solche „weisen“ Kreaturen heraus. Was für eine kolossale Zeitverschwendung. Ich kann mir nicht vorstellen, das so etwas in einem anderen Land als „Weise“ betitelt würde. Der Feiertag am 3. Oktober hat den falschen Namen. Richtig wäre „Tag der deutschen Einfalt“.

RALF LUDWIG, LEIPZIG

Volkshaus – wessen Haus?

Als linkes Mitglied der SPD und Stadtratskandidat (1. Nachrücker) will ich nicht schweigen. Aber auch als IG-Metall-Mitglied und Delegierter möchte ich meine Stimme gegen den Verkauf unseres Volkshauses erheben. Ein Haus, wo schon unsere Eltern und Großeltern, aber auch Bebel und Liebknecht Gäste waren. Ich empfinde das auch als Mundtotmachen der ostdeutschen Gewerkschaftsmitglieder. Um so mehr freue ich mich, dass Gernot Borris (Unterbezirksvorsitzender der SPD) vor über einer Woche bei DGB-Chef Sommer diesbezüglich interveniert hat, wie er mir auf meine Anfrage hin persönlich sagte.

PETER R. VÖLCKER, LEIPZIG

Programmatik ist nicht klar und deutlich

Als ich mich in diesem Jahr für eine Mitgliedschaft in der Linkspartei.PDS entschied, war das für mich ein Entschluss aus politischer Überzeugung. Die Linkspartei.PDS ist die Partei deren politischen Ziele mit meinen am meisten übereinstimmen und ich hoffe die Neue Linke, wird dies auch sein.

Wenn ich nun die Ziele der Linkspartei mit denen aus den programmatischen Eckpunkten vergleiche, dann muss ich leider feststellen, dass für mich tragende politische Grundsätze nicht mehr klar und deutlich festgeschrieben sind. Diese Tatsache relativiert meinen Optimismus zur Gründung der neuen Linken.

Es verwundert mich, dass in der Programmatik zum einen festgehalten wird, dass das Ziel der neuen Linken eine Gesellschaft ist, die über den Kapitalismus hinaus weist und die ihn in einem transformativen Prozess überwindet; dass aber in diesem Zusammenhang als Ziel der demokratische Sozialismus nicht benannt und festgesetzt wird. Die

als Zielstellung bekannte Gesellschaftsform ist de facto der demokratische Sozialismus und wir sollten uns, wie schon im Manifest, dazu bekennen.

Ich verstehe nicht, warum zu Militäreinsätzen keine klare, konsequent ablehnende Haltung festgeschrieben ist, obwohl dies immer die Haltung der Linkspartei war und auch die der neuen Linken sein soll. Die aktuellen Beispiele zeigen doch wohl nur zu gut, dass Militäreinsätze, auch wenn sie zu einer friedlichen Lösung beitragen sollen, nicht wirklich die Zielstellungen erreichen.

Warum wird in den Nachbemerken der Programmatik die Frage gestellt, unter welchen Bedingungen sich die Linke an Regierungen beteiligt? Im Manifest wurden diese Prämissen bereits festgelegt. Die Frage ist somit einfach zu beantworten: Die Linke darf sich nur an Regierungen beteiligen,

wenn gesichert ist, dass Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht privatisiert werden, wenn der Personalabbau in Bund, Ländern und Gemeinden generell gestoppt wird und wenn die Kürzungen sozialer Leistungen verhindert werden.

Für mich entsteht der Eindruck, dass die Linke sich hier bewusst undeutlich ausdrückt, um Regierungsbeteiligungen nicht ausschließen zu müssen. Das darf nicht sein! Keine Regierungsbeteiligung um jeden Preis!

THOMAS NETZER, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

UM ZU ERFAHREN, dass gespart werden muss, brauche ich meine Wandertiefel nicht zu schnüren. Das kann ich täglich in jeder Zeitung lesen oder aus den Fernsehnachrichten erfahren. Doch als wir unlängst durch die Mark Brandenburg pilgerten und in Jüterbog einkehrten, warfen wir zuvor als Erstes einen Blick aufs Stadttor, um zu sehen, ob man etwa auch die Keule eingespart hatte, unter der die Tafel hängt: „Wer seinen Kindern giebt das Brot und leidet nachmals selber Noth, den schlage man mit der Keule todt“, fanden aber alles noch an Ort und Stelle. Beim Bier hörten wir, dass nur jemand die Idee gehabt hatte, die Keule vom Tor zu hebeln und nach Potsdam zu fahren, um dort ein paar Hiebe auszuteilen. Der Grund für den Zorn: Der brandenburgische Innenminister hat entschieden, die Polizeiwache in Jüterbog zuzusperrn. Nicht auf der Stelle, sondern erst im nächsten Jahr, wenn Jüterbog den tausendsten Jahrestag seiner Stadtgründung feiert. Das Motiv für diesen Schritt ist

Von Schulden und verschwundenem Geld

nicht etwa, dass Spitzbuben und Diebe wie so viele Jüterboger die Stadt westwärts verlassen haben, sondern – siehe oben – der Sparzwang. Der Innenminister will noch drei weitere Wachen schließen und verkündete stolz, dass dadurch 900 000 Euro Miete gespart werden könnten. Und dann spart der Minister auch noch bei den Gehältern für die Kriminalisten: 400 von 2400 werden abgebaut. Und wenn künftig in Jüterbog jemand überfallen werden sollte, kann er ja in Luckenwalde anrufen. Das liegt nur 18 Kilometer entfernt und vielleicht lassen sich die Straßenräuber mit der Keule in Schach halten, bis die Luckenwalder Polizisten angelangt sind.

ALS WIR NACH HALBERSTADT kamen, entdeckten wir, dass nicht überall das Geld so knapp ist, dass man sich keine Polizisten mehr leisten kann. Am dortigen Domhang ist ein Grabungsteam dabei, sich um die Vergangenheit zu kümmern und vor allem eine Befestigungsanlage aus dem späten Mittelalter zu suchen. An der Ecke

Domplatz/Tränketor soll bis 1945 ein Hotel gestanden haben, und bei den Grabungen wurden Spuren aus dem 10. Jahrhundert gefunden. Ob man dort damals schon übernachten konnte, muss noch geklärt werden. Bis Weihnachten soll das achtköpfige Grabungsteam die Schippen schwingen, dann hofft man mehr zu wissen. Nicht, dass wir meinen, wir hielten solche Forschungen nicht für wichtig, aber dass uns in Halberstadt die Jüterboger nicht aus dem Sinn kamen, kann uns niemand verübeln.

UND DANN ERZÄHLTEN SIE UNS im Ohrekreis auch noch, dass dort die Schulden angewachsen sind. Das wäre keine Mitteilung wert, wäre nicht die Herkunft der Schulden aufschlussreich: 375 Geldforderungen mussten niedergeschlagen werden und so verschwanden 92 000 Euro spurlos aus den Büchern. Das war die Summe der aussichtslosen Gesamtvollstreckungsverfahren, die mangels Masse abgelehnt wurden, oder Schulden inzwischen Verstorbener, kurzum Geld, das zwar

auf dem Papier steht, aber nie mehr in die Kassen geraten wird. IN SALZWEDEL HABEN sie dagegen einen Erfolg feiern können.

Dort hatte man den Notarzt gestrichen, aber eine erfolgreich protestierende Bürgerinitiative sammelte 7000 Unterschriften und erzwang eine neue Vereinbarung zwischen Landratsamt und Krankenkassen. Als man den Erfolg feierte, wussten alle, dass es nur ein Etappensieg war – die Regelung gilt nur für 2007. Und obendrein wartete ein Landtagsabgeordneter mit Zahlen auf, die die Runde schockierten: In den vorangegangenen Jahren waren 90 Prozent aller Notfallpatienten vom Notarzt rechtzeitig erreicht worden. Jetzt sind es noch 78 Prozent. Einer aus unserer Runde wollte wissen, ob man auch eine Vergleichszahl aus DDR-Zeiten habe, aber er erntete keinen Beifall dafür. DDR? Das ist doch „Stasi“ und „Diktatur“. Der Fragesteller blieb hartnäckig: „Ob und wann der Notarzt kam, habe ich wissen wollen?“ Man beschied ihn, dass solche Statistiken nicht aufbewahrt worden seien.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 22. November, 17 Uhr, Dresden
Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Eine gemeinsame Veranstaltung mit der Interessengemeinschaft sigus e. V. Vereinshaus Johannstadt, Dürerstr. 89

Mittwoch, 22. November, 20 Uhr, Leipzig
GlobaLE: Filmabend mit Diskussion „Zdroj (Source). (CZ 2005) Originalsprache mit engl. Untertiteln. Diskussion mit Gurban Alakbarow, Uni Kiel. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Str. 12a

Donnerstag, 23. November, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **Der Schweizer religiöse Sozialist Leonhard Ragaz (1868-1945).** Mit Peter Niederstein, Pfarrer, Thamins/Schweiz. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 28. November, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **Max Stirners Präanarchismus und seine Wirkungen. Zum 200. Geburtstag Max Stirners.** Mit Dipl.-phil. Kurt Fleming, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Helmut Seidel Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 29. November, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **Die Linke und das Streben um die politische Macht. Teil 1: Demokratie und Macht.** Mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 29. November, 19 Uhr, Dresden
 Podiumsdiskussion: **Sächsische Arbeitsmarktpolitik: Zwischen Tradition und Wandel.** Mit Stefan Brangs, MdL, SPD; Caren Lay, MdL, Linksfraktion, und Karl Peter Fuß, BfA Sachsen. Moderation: Benjamin-Immanuel Hoff Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin Kulturrathaus, Königstr. 15

Donnerstag, 30. November, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: **Darf Geschichte eine Seifenoper sein? Rückschau auf den 46. Deutschen Historikertag mit dem Generalthema „Geschichtsbilder“** Mit Dr. Gerald Diesener, Leipzig. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft e. V. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind.

Die Sprechstunde im November findet ausnahmsweise erst am 29. 11., 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messesmagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

65 Jahre

wurde unsere Leserin Sieglinde Seidel am 7. November.

Wir gratulieren herzlich und entschuldigen uns zugleich für den von uns zu verantwortenden Fauxpas in der Glückwunschanzeige der PDS-Basisgruppe.

Die LN-Redaktion

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

23. 11., 16.30 Uhr: Leben mit Handikap in der leistungsorientierten Gesellschaft. Vortrag von Dr. Marion Michel, Medizinsoziologin.

Gesundheitsreform

Forum mit Dr. Dieter Pellmann
27. November, 18 Uhr
 Jugendklubhaus Völkerfreundschaft, Stuttgarter Allee 9

Felicia Langer

Lesung und Diskussion:
Die Entrechtung der Palästinenser – 40 Jahre israelische Besatzung
29. November, 19.30 Uhr
 Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 21

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im November neu bei uns:

M. Fraumann: **Die DDR war ein Teil meines Lebens. Ein deutsches Geschichtsbuch 1918-2000.** Schibri-Verlag, 15 Euro

Eulenspiegels Postkartenkalender. Mit Zweiwochenkalendarium. Eulenspiegel, 9,90 Euro

Norbert Juretzko: **Im Visier. Ein Ex-Agent enthüllt die Machenschaften des BND.** Heyne, 19,95 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123

NEIN zu Gewalt an Frauen

Am 25. November 1960 wurden drei Schwestern in der Dominikanischen Republik vom Geheimdienst gefoltert, vergewaltigt und ermordet. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktionen gegen den tyrannischen Diktator Trujillo beteiligt. Dieser Tag wurde 1981 auf einem Treffen von lateinamerikanischen und karibischen Frauen in Bogota als Internationaler Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen ausgerufen.

Im Auswertungszeitraum 2004 wurden durch die sächsische Polizei im Freistaat Sachsen 1.154 Fälle von "Häuslicher Gewalt" registriert - Anstieg um

53,7 % im Vergleich zum Vorjahr. (Den höchsten Anteil dieser Straftaten hat mit 159 Fällen die Stadt Leipzig zu verzeichnen.) Schwerpunkt waren Körperverletzungen mit einem Anteil von über 75 %. Es wurden 776 Opfer von Straftaten im häuslichen Umfeld erfaßt, in der Mehrzahl weibliche Opfer.

Am **Sonnabend, 25. 11.**, findet im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15, anlässlich dieses Tages eine Veranstaltung der AG LISA statt.

8 Uhr: Gemeinsames Frühstück

9 Uhr: Fahnenaktion
ab 10 Uhr: Beteiligung an Aktionen Leipziger Frauen in der Innenstadt.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Wir appellieren wieder einmal an Ihre Solidarität

mit unserem linken Blatt, von dem Hans Modrow jüngst in Leipzig sagte, es sei das beste in Deutschland. Selbst wenn dem tatsächlich so wäre: Damit lassen sich noch keine Rechnungen bezahlen.

SPENDEN bitte an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555
 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Bald nun ist ... welche Zeit ?

Und das war im Oktober, als das so war, im Leipziger Süden ... in genau diesem Jahr. Wir wurden 2006 alle verwöhnt, ganz gleich ob Gastronom oder Astronom oder Handelsökonom – mit warmem Wetter. Altweibersommer sagte meine Oma immer, und die musste es ja wissen. Als ich nun vor genau vier Wochen – oktobergesonnt und luftgewärmt – ein großes Handelszentrum im Leipziger Südraum für Blumen und Gewächse aufsuchte und mich über die Herbstblütenpracht freute, traf mich plötzlich ein Kälteschock.

Vier „junge Weiber“ legten Hand an den Altweibersommer und meinten: Bald nun ist Weihnachtszeit! Auf etlichen Quadratmetern zauberten sie eine Schnee-Kugel-Tannen-Kerzen-Idylle, die mein Kalender aber erst elf Wochen später vorsieht.

Ich stapfte munter auf die Unermüdlischen zu und fragte freundlich: Ob sie das gut fänden, was sie hier tun? „Das haben die ‚oben‘ so beschlossen!“ Ich begriff, hier ist nicht gut Knorpelkirschenessen, und die nun wahrhaft (es sei ihnen gegönnt) Arbeitsglücklichen bringen nur den Kalender auf höheren Befehl durcheinander, aber – wie zu hören – ohne eigene Meinung. Ich suchte jedoch weiter nach selbiger und pochte an die Tür der Chefin. Höflich und neugierig stellte ich die gleiche Frage: Ob Sie denn glaube, dass die Kunden den Weihnachtsmarkt im warmen Oktober als Abkühlung nötig hätten? In ihrer Antwort tauchte ich als Kunde nicht auf, aber ein Zeigefinger, der mir deutete, dass schon seit Sep-

tember Stollen und Weihnachtsmänner andere Supermarktregale zieren und man im Geschäftsstrom doch mitschwimmen müsste. Auf meine Nachfrage, ob das im Interesse der Kunden sei und ob sie persönlich den verfrüh-

ten Weihnachtszauber gut fände, kam der Verweis auf eine noch höhere Geschäftsebene. Da ich deretwegen nun nicht nach 86641-Rain am Lech fahren wollte, erbat ich deren Mail-Adresse. Korrekt und höflich wiederholte ich nun auf elektronischem Wege meine Frage: „Wo soll dieses Verkaufs- und Kulturgebaren noch hinführen?“ Ich bekam nach zwei Stunden unter der Vorgangsnum-

mer 2291 erläutert: „Guten Tag, sehr geehrter Herr (Name der Redaktion bekannt), es ist durchaus nichts ungewöhnliches, bereits im Oktober mit der Eröffnung eines Weihnachtsmarktes zu beginnen. Das Haus (Name der Redaktion bekannt) reagiert in diesem Fall nur auf die branchenüblichen Gepflogenheiten.(...) Dennoch haben wir ihre Meinung gern zur Kenntnis genommen. Freundliche Grüße (Name der Redaktion bekannt).“

Natürlich habe ich auch die versteckte Andeutung kapiert: „Na, Sie sind vielleicht ein Weihnachtsmann!“ Und wenn Sie – verehrter Leser – jetzt denken, na, hat dieser Mensch denn keine anderen Sorgen, dann antworte ich: Doch, die habe ich. Nur, ich frage trotzdem: Wo führt das bitteschön im Großen und Ganzen noch hin, wenn alles, ja wirklich alles, Geschäftsinteressen geopfert wird? Und alle machen ungerührt mit. Trotz alledem: Frohes Fest

• - CK

Voll aktiv

Wer wirklich Arbeit sucht, der findet auch welche, hat der Herr Soistes immer gesagt. Nun trägt er in aller Herrgottsfrühe Zeitungen in seinem Stadtviertel aus, um die Mittagszeit ist er Parkplatzwächter am See, nachmittags schiebt er im Shopping Center im Hauptbahnhof Einkaufswagen zusammen und nachts bewacht er das große Versicherungsgebäude. So hat er einen ausgefüllten Arbeitstag und verdient immer noch mehr als ein Fabrikarbeiter in China.

• M. J.

Voll demokratisch

Lange hat es ja gedauert, aber nun ist es auch bei den Leipziger Verkehrsbetrieben geschafft:

Endlich werden die durch starre Fahrpläne noch immer sanktionierten letzten stalinistischen Verkrustungen im städtischen Nahverkehr aufgebrochen. Vor Beginn einer jeden Fahrt stimmen sämtliche Fahrgäste mit Hilfe von Ein-Euro Jobbern basisdemokratisch darüber ab, wann abgefahren werden soll und wohin.

• M. J.

**Wettervorhersage für das Stadtgebiet:
Schwacher bis mäßiger, zeitweise auffrischender Mief aus fast allen Richtungen.**



**Wo erfreut in Leipzig
dieser Nicht-Weihnachtsstern
zu jeder Jahreszeit ?**

Ауџ ђѡм Кіоск-Носѡмнѡс

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In Indien sind 500 Millionen Menschen unter 25 Jahren. Indien ist das Reich des Wissens – so langsam versteht das die Welt. In einer Generation wird Indien zu den USA aufschließen und Europa überflügeln. Eine der Stärken der Inder: die Fähigkeit, große Ungerechtigkeiten zu ertragen. Der Tageslohn vieler Arbeiter in den ländlichen Gebieten liegt bei zwei Euro.

3sat 1. 11.

Der katholische Theologe Eugen Drewermann hat nach jahrelangen Forschungen die Erkenntnis gewonnen: Die menschliche Seele ist sterblich. Die Hirnforschung kommt zum gleichen Ergebnis. Drewermann: „Die Kirche verliert damit ihre Geschäftsgrundlage. Sie braucht eine geistige Revolution.“

3sat 2. 11.

Nur 40 Prozent der USA-Bürger befürworten die Evolutionstheorie.

DLF 2. 11.

Der neue Gauleiter (von Mecklenburg-Vorpommern) heißt Udo Pastörs und gibt an, er sei Juwe-

lier in Lüththeen/Meckl. Bei Lichte besehen ist er aber Nazi und stammt aus Bad Zwischenahn in Niedersachsen. Holger Apfel, Organisator des Wahlkampfs in Meckl./V.-Pomm. und NPD Fraktionschef im Sächsischen Landtag, kommt aus Hildesheim, Michael Andrejewski, Unterführer in Anklam, aus Baden-Baden. Stefan Köster, NPD-Landesvorsitzender und Kreistagsmitglied in Ludwigslust, ist ein Westimport aus Dortmund undsoweiterundsofort. Müssen wir uns Sorgen machen, dass der nationalsozialistischen Bewegung in den Alt-bundesländern die Luft ausgeht?

Eulenspiegel 11/06

Bruno, der Braunbär wurde auf Weisung der bayerischen Regierung abgeknallt. Die braune Bestie, die früher mal aus Österreich kam, wurde auch in Bayern bejult.

Mitternachtsspitzen WDR 4. 11.

Das ist das Schöne an der Unterschicht – die Tür steht jedem offen.

LVZ 4./5. 11.

• ENTDECKT VON MANFRED ERBE

B Ü R O M Ö B E L
www.buero-richter.de

Herbstzeitloses

Es war einmal ein Bauer, auf dessen Hof eine uralte Linde stand. Im Winter hielt sie den Schnee vom Haus ab, im Frühling grünte sie. Im Sommer blühte sie und im Herbst warf sie ihre Blätter ab. Warum soll ich immer deine Blätter zusammenfegen?, dachte der Bauer, als es im November tüchtig stürmte. Er holte seine Axt und hieb die Linde um. Es war eben nur ein dummer Bauer?

• REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im **Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben):** 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

14. November

Die nächste Ausgabe erscheint am

1. Dezember

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40